

17



—
**Jahresbericht
KdK 2017**
—

**Rapport annuel
CdC 2017**



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Konferenz der Kantonsregierungen

Conférence des gouvernements cantonaux

Jahresbericht KdK 2017

Rapport annuel CdC 2017

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1 Organisation.....	7
1.1 Plenarversammlung.....	7
1.2 Leitender Ausschuss	8
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	9
1.4 Sekretariat	9
2 Tätigkeit	11
2.1 Arbeitsschwerpunkte.....	11
2.1.1 Allgemeines.....	11
2.1.2 Aussenpolitik.....	13
2.1.3 Innenpolitik.....	14
2.1.4 Stellungnahmen.....	15
2.1.5 Zusammenarbeit Bund - Kantone.....	18
2.1.6 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen.....	19
2.2 Weitere Themen	20
2.2.1 Allgemeines.....	20
2.2.2 Aussenpolitik.....	22
2.2.3 Innenpolitik.....	24
2.2.4 Mandate.....	27
3 Rechnung.....	29
Anhänge	59

Einleitung

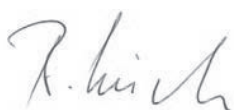
Im 2017 hat sich die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) in ihren Schwerpunktthemen Gehör verschaffen und wichtige Fortschritte erzielen können. So ist im September der Bundesrat auf den Vorschlag der Kantone zur Optimierung des Finanzausgleichs eingetreten. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind im 3. Wirksamkeitsbericht zuhanden der eidgenössischen Räte aufgenommen. Steuerungsgrösse soll neu eine gesetzlich garantierte Mindestausstattung des ressourcenschwächsten Kantons von 86,5 % des schweizerischen Durchschnitts sein. Zur Klärung der Frage, was mit den frei werdenden Bundesmitteln geschieht, wurde eine politische Arbeitsgruppe «Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone» unter der Leitung von Bundesrat Ueli Maurer eingesetzt. Aus Sicht der Kantone sind die frei werdenden Bundesmittel aus Gründen der bundesstaatlichen Kohäsion vollumfänglich zugunsten der Kantone einzusetzen. Das Mandat der Arbeitsgruppe umfasst darüber hinaus die Begleitung des Berichts zur Motion «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» und die Weiterführung der Aufgabenentflechtung in ausgewählten Politikbereichen. Die Kantone wünschen ein Projekt «Aufgabenteilung 2» und der Bundesrat ist grundsätzlich bereit, darüber in eine Diskussion einzutreten.

Aufgrund einer von der KdK, der SODK und der EDK durchgeführten Erhebung zum finanziellen Bedarf der Kantone für die Integration, Unterbringung und Betreuung von Personen aus dem Asylbereich sowie für die Vorbereitung spät zugewanderter Jugendlicher auf die Berufsbildung kamen die Kantone zum Schluss, dass eine Erhöhung der Integrationspauschale von heute CHF 6'000 auf CHF 18'000 unerlässlich ist. Kantone und Bund haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen – die Integrationsagenda Schweiz – verständigt und konnten sich bis Ende 2017 in den zentralen Punkten einigen.

Im Hinblick auf die weiteren Verhandlungen über ein allfälliges institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, gab die KdK zwei Gutachten in Auftrag und erarbeitete auf dieser Basis eine gemeinsame Position der Kantone zu Fragen der Staatsbeihilfe. Die Kantone halten dabei fest, dass materielle Bestimmungen und Grundsätze der staatlichen Beihilfen nur in den bilateralen, sektoriellen Abkommen geregelt werden sollen. Weiter fordern sie, dass die Überwachung der staatlichen Beihilfen ausschliesslich von einer Schweizer Behörde sicherzustellen ist.

Der Monitoringbericht Föderalismus 2014–2016 hat weiteren Handlungsbedarf aufgezeigt, dies insbesondere bei der zunehmenden Zentralisierung sowie bei der Tendenz zu Lastverschiebungen auf die Kantone. Darüber hinaus möchten die Kantone der Übersteuerung ihrer Regelungsbereiche durch den Bund entgegenwirken sowie die Mitwirkung der Kantone bei Bundesvorhaben stärken. – Dass den Grundsätzen des Föderalismus nicht immer genügend Rechnung getragen wird, ist nicht zuletzt auf ein ungenügendes Föderalismusverständnis und eine mangelnde Akzeptanz von Unterschieden zurückzuführen. Dies war auch zwei der Herausforderungen, die im Rahmen der vom Kanton Waadt organisierten 5. Nationalen Föderalismuskonferenz im Oktober 2017 festgestellt wurden. Die zentrale Konferenzfrage «Wird die Schweiz in 50 Jahren immer noch föderalistisch sein?» beantworteten die Teilnehmenden indem sie die «Erklärung von Montreux» unterzeichneten und so ein breites föderales Commitment abgaben, das in die Zukunft wirkt.

Das vergangene Jahr markierte schliesslich auch das Ende der Amtszeit von KdK-Präsident Jean-Michel Cina. Während gut drei Jahren an der Spitze der KdK hat sich Jean-Michel Cina sehr engagiert und mit viel politischem Gespür für die Interessen der Kantone auf der interkantonalen Ebene eingesetzt. Ihm und allen, die sich 2017 für die Interessen der Kantone eingesetzt haben, danken wir herzlich. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.



Regierungsrat Benedikt Würth
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

April 2018

01

1 Organisation

1.1 Plenarversammlung

Das oberste Entscheidorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich tagende Plenarversammlung, an der jeder Kanton durch ein Regierungsmitglied vertreten ist. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an Plenarversammlungen teil:

Kanton	Vertretung
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker
BE	Regierungsrat Christoph Ammann Regierungsrat Hans-Jürg Käser Regierungsrat Christoph Neuhaus Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg
LU	Regierungsrat Paul Winiker Regierungsrat Reto Wyss
UR	Regierungsrätin Heidi Z'graggen
SZ	Regierungsrat Kaspar Michel Regierungsrat André Rügsegger
OW	Regierungsrat Christoph Amstad Regierungsrat Niklaus Bleiker
NW	Regierungsrat Alfred Bossard Regierungsrat Othmar Filliger
GL	Regierungsrat Andrea Bettiga
ZG	Regierungsrat Matthias Michel
FR	Staatsrat Olivier Curty Staatsrat Georges Godel
SO	Regierungsrätin Esther Gassler Regierungsrätin Brigit Wyss

BS	Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann
BL	Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro
SH	Regierungsrat Christian Amsler
AR	Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl Regierungsrat Köbi Frei
AI	Landammann Daniel Fässler
SG	Regierungsrat Benedikt Würth
GR	Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner Regierungsrat Martin Jäger
AG	Regierungsrat Markus Dieth
TG	Regierungsrätin Cornelia Komposch Regierungsrat Jakob Stark
TI	Staatsrat Paolo Beltraminelli
VD	Staatsrat Pascal Broulis
VS	Staatsrat Jean-Michel Cina Staatsrat Roberto Schmid
NE	Staatsrat Laurent Kurth Staatsrat Alain Ribaux
GE	Staatsratspräsident François Longchamp
JU	Minister Charles Juillard

1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss ist das Führungsorgan der KdK. Zehn Regierungsrätinnen und Regierungsräte aus allen Regionen der Schweiz bereiten im Leitenden Ausschuss die Geschäfte der Plenarversammlung vor. Gemäss Geschäftsordnung der KdK vom 20. März 2009 haben die französischsprachige (zwei Sitze), die italienischsprachige und die rätoromanische Schweiz, die Ost-, die Nordwest- und die Zentralschweiz sowie die Kantone Bern und Zürich Anspruch auf Vertretung im Leitenden Ausschuss. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton	Vertretung
VS / CGSO	Staatsrat Jean-Michel Cina, Präsident (bis 31. März 2017)
SG / ORK	Regierungsrat Benedikt Würth, Präsident (ab 1. April 2017)
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Vize-Präsident
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker
UR / ZRK	Regierungsrätin Heidi Z'graggen
GL / ORK	Regierungsrat Andrea Bettiga
SO / NWRK	Regierungsrätin Esther Gassler (bis 30. Juni 2017)
BS / NWRK	Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (ab 1. Juli 2017)
GR	Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner
TI	Staatsrat Norman Gobbi
NE / CGSO	Staatsrat Alain Ribaux (ab 1. April 2017)
GE / CGSO	Staatsratspräsident François Longchamp

1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK. Eine Zusammenstellung findet sich in Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind in Anhang 3 aufgelistet.

1.4 Sekretariat

Gemäss der Vereinbarung über die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verfügt die Konferenz über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung der KdK wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandats der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen, die auch an der Konferenzgründung massgeblich beteiligt war. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat und die Geschäftsführerin der ch Stiftung, Dr. Sandra Maissen, amtiert gleichzeitig als Generalsekretärin der KdK.

Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 27 Personen tätig (19.9 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 24 Personen im Haus der Kantone in Bern, drei Mitarbeitende sind als Aussenstellen der KdK direkt in der Bundesverwaltung angesiedelt: in der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA), im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement sowie bei der Mission der Schweiz bei der EU in Brüssel. Nach dem Umzug der ch Stiftung von Solothurn nach Bern im August 2017 arbeiten auch die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle der ch Stiftung im Haus der Kantone in Bern (Leiter Bereich Dienstleistungen, Stabsstellen Personal und Finanzen). Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind teilweise sowohl für das KdK-Sekretariat wie auch für den Betrieb Haus der Kantone und die ch Stiftung tätig.

Ein Organigramm befindet sich im Anhang 1 dieses Berichts.

Personalbestand per 31.12.2017

Geschäftsführung

- Sandra Maissen, Generalsekretärin
- Mariel Baumann, Persönliche Mitarbeiterin der Generalsekretärin

Finanzen / Personal / Informatik

- Monika Zanon, Bereichsleiterin
- Rosmarie Bäuml, Fachfrau Finanzen
- Daniel Bühler, Informatiker
- Helene Leuenberger, Personalfachfrau

Dienstleistungen / Betrieb Haus der Kantone

- Roberto Induni, Bereichsleiter
- Pia Baumgartner, Mitarbeiterin Sekretariat KdK/HdK
- Christine Bonvin, Übersetzerin
- Aline Defuns, Leiterin Empfang HdK/KdK
- Manuela Furrer, Leiterin Sekretariat KdK/HdK
- Massimo Oberti, Übersetzer
- Praktikantin Empfangssekretariat
- Pascale Prisset, Leiterin Sprachendienst

KdK-Aussenpolitik

- Roland Mayer, Bereichsleiter, Stellvertreter der Generalsekretärin
- Monika Tschumi, Informationsbeauftragte der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Luca Gobbo, Stellvertreter der Informationsbeauftragten der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Roland Krimm, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel
- Hanspeter Pfenninger, Koordinator Schengen/Dublin
- Dea Rolih, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

KdK-Innenpolitik / Koordination

- Thomas Minger, Bereichsleiter
- Nicole Gysin, Beauftragte Kommunikation KdK, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Mariel Baumann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Nadine Eckert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Christian Gobat, Beauftragter NFA
- Coralie Menétrey, Wissenschaftliche Praktikantin
- Carolina Schärler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Christine Winkelmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Dienstjubiläen

Beatrice Müller (Leiterin Personal bis 31. Juli 2017), 25 Jahre

Roland Krimm, 15 Jahre

02

2 Tätigkeit

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Allgemeines

Schwerpunkteplanung KdK

Bei der Schwerpunkteplanung der KdK stehen folgende zwei strategischen Ausrichtungen im Vordergrund: (1) Fokussieren und (2) Wirkung erzielen. Im Zusammenhang mit dem Fokussieren wird jedes Jahr eine Priorisierung der einzelnen Geschäfte vorgenommen und eine Geschäftsplanung ausgearbeitet. Die Auswertung der Geschäftsplanung 2017 hat gezeigt, dass die Priorisierung der Geschäfte und Schwerpunktsetzung bei den sogenannten A-Geschäften (Europapolitik und Zuwanderung, Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone, Optimierung Finanzausgleich Bund – Kantone, Weiterentwicklung Föderalismus) gelungen ist und sich die Kantone hier Gehör verschaffen konnten. Am 10. November hat der Leitende Ausschuss die Geschäftsplanung für das Jahr 2018 verabschiedet.

Um Wirkung zu erzielen, wurde die Form der Kommunikation optimiert und die Kommunikationsmassnahmen wurden gezielter eingesetzt. Die Wirkung hängt auch davon ab, dass die Kantone durch ihr proaktives Auftreten bei den Themenschwerpunkten stärker gehört und wahrgenommen werden.

Monitoringbericht Föderalismus 2014–2016

Die Weiterentwicklung und Erneuerung des Föderalismus ist ein zentrales Anliegen der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit. Seit 2005 führt das KdK-Sekretariat im Auftrag der ch Stiftung jährlich ein Föderalismusmonitoring durch. Mit dem Monitoringbericht Föderalismus 2011–2013 wurden erstmals die Entwicklung über mehrere Jahre hinweg beurteilt. Am 30. Juni 2017 wurde der Monitoringbericht Föderalismus 2014–2016 von der Plenarversammlung der KdK verabschiedet und am 6. Juli im Rahmen einer Medienkonferenz im Haus der Kantone der Öffentlichkeit vorgestellt. Die in den Vorjahren festgestellten Trends und Herausforderungen wurden auch in dieser Berichtsperiode bestätigt. So besteht weiterhin Verbesserungspotential bei der Mitwirkung der Kantone bei der Rechtssetzung des Bundes. Auch der Trend zur Zentralisierung hält an. Weitere Themen waren die Verlagerung der Gesetzgebung der

Kantone auf die blosser Umsetzung von Bundesrecht, die Lastenverschiebungen zu Ungunsten der Kantone, eine Zunahme der Regelungsdichte sowie die beschränkte Überprüfbarkeit der verfassungsmässigen Grundsätze durch das Bundesgericht. Dass den Grundsätzen des Föderalismus nicht immer hinreichend Rechnung getragen wird, ist nicht zuletzt auch auf ein ungenügendes Föderalismusverständnis zurückzuführen. Erneut wurden Massnahmen zur Förderung und Stärkung des Föderalismus vorgeschlagen.

Nach der Erarbeitung des Monitoringberichts 2014–2016 wurde beschlossen, das Konzept des Föderalismusmonitorings zu überdenken. Der Mehrjahresbericht soll für den politischen Alltag sowie Kommunikationszwecke besser nutzbar gemacht werden. Damit die nötigen Daten für einen aussagekräftigen Mehrjahresbericht gesammelt und in geeigneter Form verarbeitet werden können, sollen moderne Umfrage- und Analysetools genutzt werden. Zudem sollen die jährlichen Erhebungen durch ein Föderalismus-Frühwarnsystem («Föderalismus-Cockpit») ersetzt werden. Dieses soll ermöglichen, zeitnah geeignete Massnahmen einzuleiten, um die Interessen der Kantone bei föderalismusrelevanten Bundesgeschäften zu wahren. Die generelle Stossrichtung dieser Neukonzeption wurde am 30. November vom Leitenden Ausschuss der ch Stiftung gutgeheissen. Das KdK-Sekretariat wurde beauftragt, ein detailliertes Konzept auszuarbeiten.

Nationale Föderalismuskonferenz 2017

Im Auftrag des Bundesrates, des Ständerates und der KdK organisierte der Kanton Waadt im Berichtsjahr die fünfte Nationale Föderalismuskonferenz. Diese fand am 26. und 27. Oktober in Montreux statt und war ein voller Erfolg. Die Beiträge der rund 50 Referentinnen und Referenten wie auch die Diskussionen im Plenum und in den Ateliers waren engagiert und vielfältig. Insgesamt ist es an der Konferenz sehr gut gelungen, eine reichhaltige und fruchtbare Diskussion über den Föderalismus sowie über dessen Herausforderungen und Perspektiven zu führen. Mit über 400 Teilnehmenden hat die Konferenz offensichtlich breites Interesse geweckt, was ganz klar auch auf die ausgezeichnete Organisation im Vorfeld zurückzuführen ist.

Die von den meisten Teilnehmenden unterzeichnete «Erklärung von Montreux» stellt gewissermassen die kollektive Antwort dar auf die zentrale Konferenzfrage «Wird die Schweiz in 50 Jahren immer noch föderalistisch sein?». Dieses gemeinsame Konferenzergebnis hat hohen symbolischen Wert und steht für ein breites föderales Commitment, das auch in die Zukunft wirkt. Auch in zahlreichen Konferenzbeiträgen kam explizit oder implizit zum Ausdruck: Für die Schweiz gibt es keine echten Alternativen zum Föderalismus.

Kommunikation KdK

Um die Kommunikation der Kantonsregierungen auf der interkantonalen Ebene besser unterstützen zu können, wurde 2015 im KdK-Sekretariat im Rahmen eines Pilotversuchs eine Stabstelle Kommunikation eingerichtet. Die Pilotphase wurde im Sommer 2017 evaluiert, ein entsprechender Bericht wurde dem Leitenden Ausschuss sowie der Plenarversammlung in der zweiten Jahreshälfte unterbreitet. Die Auswertung hat gezeigt, dass die Einrichtung einer Stabstelle Kommunikation, das Erstellen einer Kommunikationsplanung sowie die Umsetzung konkreter kommunikativer Massnahmen zu einer deutlichen Stärkung des kommunikativen Auftritts der Kantone geführt haben. Gestützt auf diese Erkenntnisse hat der Leitende Ausschuss das KdK-Sekretariat beauftragt, das bestehende KdK-Kommunikationskonzept im Hinblick auf eine weitere Stärkung der Positionierung der Kantone im medialen und politischen Kontext zu überarbeiten. Zudem soll gemeinsam mit den Direktorenkonferenzen geklärt werden, wie die kommunikativen Potenziale im Haus der Kantone noch besser genutzt werden könnten. Auf operativer Ebene wurde die Kommunikationstätigkeit der KdK punktuell optimiert. Die als Pilot lancierte Stabstelle wird 2018 definitiv eingeführt.

Im Berichtsjahr erschienen insgesamt fünf Newsletter, jeweils im Anschluss an die ordentlichen Plenarversammlungen sowie eine Spezialausgabe zur Publikation der Studie Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz. Weitere Schwerpunktthemen waren die Optimierung des Finanzausgleichs, die Umsetzung von Art. 121a BV auf Verordnungsebene, die Europapolitik sowie die Integrationskosten von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen

Personen. Die Stabstelle Kommunikation organisierte zudem Medienkonferenzen zu folgenden Themen: Unternehmenssteuerreform III, Optimierung Finanzausgleich, Monitoringbericht Föderalismus 2014–2016 sowie Studie Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Übersicht Anhang 4).

Um Aufgaben und Funktionsweise der interkantonalen Zusammenarbeit und der KdK im Speziellen besser bekannt zu machen, organisierte das KdK-Sekretariat am 15. September erneut einen halbtägigen Anlass für neugewählte kantonale Regierungsmitglieder. Zusätzlich wurde am 16. November erstmals ein Anlass mit den kantonalen Aussenbeziehungsdelegierten im Haus der Kantone durchgeführt.



Unterzeichnung der «Erklärung von Montreux» am 27. Oktober 2017: Laurent Wehrli, Stadtpräsident von Montreux, Ständeratspräsident Ivo Bischofberger, Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Staatsrat Pascal Broulis, Präsident ch Stiftung (von links nach rechts) (© Jean-Bernard Sieber/ARC)

2.1.2 Aussenpolitik

Europapolitik: Koordination und institutionelle Fragen

Im Berichtsjahr wurden die Gremien der KdK regelmässig über den Stand der Dinge in den Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen, den Europadialog sowie über weitere relevante Entwicklungen informiert.

Weiter befasste sich die KdK im Berichtsjahr vertieft mit der Frage der staatlichen Beihilfen im Verhältnis zur EU. Gestützt auf zwei externe Gutachten unterbreitete der Leitende Ausschuss der KdK den Kantonsregierungen einen Entwurf für einen möglichen Positionsbezug. Ausgehend von den diesbezüglichen Rückmeldungen der Kantonsregierungen führte die Plenarversammlung am 22. Dezember eine ausführliche Diskussion und beauftragte den Präsidenten der KdK, dem Bundesrat die diesbezüglichen Überlegungen der Kantone zur Kenntnis zu bringen.

2.1.3 Innenpolitik

Kosten der Integration von VA/FL: Integrationsagenda

Am 3. März präsentierten die Präsidien der KdK, der EDK und der SODK der Vorsteherin EJPD und dem Vorsteher WBF die Ergebnisse einer Erhebung zum finanziellen Bedarf der Kantone für die Integration, Unterbringung und Betreuung von Personen aus dem Asylbereich sowie für Angebote, die spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Zugang zu einer formalen Ausbildung auf Stufe Sek II ermöglichen. Bund und Kantone haben sich in der Folge auf ein gemeinsames Vorgehen, die Integrationsagenda Schweiz, geeinigt, um die Integrationsförderung zu stärken, spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Zugang zu Bildungswegen zu ermöglichen und die Integrationsmassnahmen von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen zu intensivieren.

In den Folgemonaten fanden zahlreiche Sitzungen auf technischer Ebene sowie intensive Gespräche auf politischer Ebene zwischen Bund und Kantonen statt, um die Integrationsagenda zu konkretisieren und sich auf gemeinsame Wirkungsziele, Inhalte und Finanzierungsmechanismen zu verständigen. Ende 2017 konnten sich Bund und Kantone in fast allen Punkten einigen, offen geblieben ist einzig die Frage der Finanzierungsmodalitäten. Diese soll im ersten Quartal 2018 abschliessend geklärt werden.

Überprüfung Aufgabenteilung Bund – Kantone

Die KdK lancierte 2015 das Projekt «Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen» und leitete umfangreiche Grundlagenarbeiten in die Wege. Im Sommer 2016 verabschiedete die Plenarversammlung einstimmig einen gemeinsamen Positionsbezug. Die Kantonsregierungen bekräftigen darin, dass dem Trend in Richtung neuer Verflechtungen Einhalt geboten werden muss. Mit einer klaren Aufgabenzuweisung nach den verfassungsmässigen Grundsätzen der NFA wird der Handlungsspielraum für beide Staatsebenen erhöht. Handlungsbedarf sehen die Kantone namentlich in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung und Verkehr.

Auf Grundlage der Arbeiten der Kantone erstellte die Bundesverwaltung einen Berichtsentwurf zur Beantwortung der Motion «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» (13.3363). Die Kantonsregierungen und die Direktorenkonferenzen wurden im Herbst eingeladen, dazu Stellung zu nehmen. Der Leitende Ausschuss diskutierte das Ergebnis dieser Konsultation an seiner Sitzung vom 10. November und beschloss, das Thema an der Präsidienklausur KdK – Direktorenkonferenzen vom 25./26. Januar 2018 nochmals zu vertiefen.

Im Berichtsjahr fanden zudem weitere Gespräche zwischen Bund und Kantonen auf technischer und politischer Ebene statt zur Frage, wie die Aufgabenentflechtung in ausgewählten Politikbereichen gezielt und gemeinsam vorangetrieben werden könnte. Der Bundesrat ist grundsätzlich bereit, mit den Kantonen auf eine Diskussion über ein Projekt «Aufgabenteilung 2» einzutreten.

Optimierung Finanzausgleich Bund – Kantone

Ende 2016 legte die von der KdK eingesetzte politische Arbeitsgruppe unter Leitung von Franz Marty, ehemaliger Finanzdirektor des Kantons Schwyz, ihren Schlussbericht zur Optimierung des Finanzausgleichs vor. Die Kantonsregierungen stimmten an der Plenarversammlung vom 17. März dem Antrag des Schlussberichts im Sinne von Eckwerten für ein integrales Gesamtpaket zu. Die Eckwerte sehen eine Anpassung der Regeln für die Dotation des Finanzausgleichs vor. Steuerungsgrösse wäre neu eine gesetzlich garantierte Mindestausstattung des ressourcenschwächsten Kantons von 86,5%. Ausgehend von dieser Steuerungsgrösse könnte die Ausgleichssumme jährlich neu berechnet werden. Zur Abfederung des Wechsels zum neuen System wird eine Übergangsperiode von drei Jahren vorgeschlagen. Der Leitende Ausschuss wurde beauftragt, die Haltung der KdK gegenüber dem Bundesrat zu vertreten und eine Revision des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich vorzuschlagen. Am 6. September trat der Bundesrat auf den Vorschlag der KdK ein und beschloss, eine politische Arbeitsgruppe «Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone» einzusetzen. Diese von Bundesrat Ueli Maurer präsidierte Arbeitsgruppe soll sich unter anderem mit der

Frage der freiwerdenden Bundesmittel im Rahmen der Optimierung Finanzausgleich befassen. Weiter soll sie die Vernehmlassungsergebnisse des 3. Wirksamkeitsberichts des Finanzausgleichs evaluieren und schliesslich das Projekt Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen diskutieren. Eine erste Sitzung fand Ende 2017 statt.

Im Herbst 2017 schloss die Fachgruppe «Wirksamkeitsbericht» des Bundes ihre Arbeiten im Zusammenhang mit dem 3. Wirksamkeitsbericht zum Finanzausgleich ab. Dieser Bericht gibt Aufschluss über die Erreichung der Ziele des Finanzausgleichs in der Periode 2016–2019 und schlägt Massnahmen zur Anpassung des Finanzausgleichsystems vor. Die im Bericht aufgeführten Kommentare zu den Vorschlägen der KdK betreffend die Optimierung des Finanzausgleichs entsprechen der Haltung des Bundesrates vom 6. September. Der Wirksamkeitsbericht wird den Kantonsregierungen im Frühling 2018 zur Vernehmlassung vorgelegt.

E-Government / Digitalisierung: Leitlinien der Kantone

Die Weiterentwicklung von E-Government und die fortschreitende Digitalisierung in allen Lebensbereichen stellen die Kantone vor grosse Herausforderungen. Zu diesem Schluss kamen die Teilnehmenden einer von der KoSeKo organisierten Weiterbildungsveranstaltung, die sich im Herbst 2017 mit dem Thema «Digitale Schweiz» befasste. Das Thema Digitalisierung bzw. Weiterentwicklung E-Government Schweiz kam zudem bei mehreren Treffen zwischen dem Vorsitzenden des EFD und dem KdK-Präsidenten zur Sprache. Auch in diesen Gesprächen wurde ein Mangel an Dynamik in diesem Bereich und ein gewisser Handlungsbedarf in Bezug auf die heutige institutionelle Ausgestaltung konstatiert. Vor diesem Hintergrund beschloss der Leitende Ausschuss am 10. November, das Thema «E-Government / Digitalisierung» als eines der Schwerpunktthemen 2018 der KdK aufzunehmen. Die Plenarversammlung der KdK vom 22. Dezember hat dies bestätigt. Ziel ist die Erarbeitung gemeinsamer Leitlinien der Kantone für die Weiterentwicklung von E-Government / Digitalisierung. Ein entsprechendes Projekt wird unter Einbezug wichtiger kantonaler Akteure auf politischer und technischer Ebene im ersten Quartal 2018 lanciert. Nach einer Vernehmlassung bei den Kantonen sollen die Leitlinien im Herbst 2018 durch die KdK verabschiedet werden. Der Prozess auf kantonaler Ebene wird dabei zeitlich und inhaltlich eng auf den geplanten Prozess zur Weiterentwicklung der E-Government-Strategie Schweiz abgestimmt.

2.1.4 *Stellungnahmen*

Stellungnahmen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahme bleibt gewährt.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse (gemäss Art. 147 BV)

Änderung der Integrationsverordnung und der Asylverordnung 2

Anlässlich der Plenarversammlung vom 30. Juni verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zu den Anpassungen der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) und der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV2). Die Kantone begrüßen die Absicht der Vorlage, administrative Zugangshürden zum Arbeitsmarkt für Personen aus dem Asylbereich abzubauen und so eine bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials zu leisten. Besonders befürworten die Kantone die Aufhebung der Sonderabgabe für die Anstellung von Personen aus dem Asylbereich gemäss der AsylV2.

Änderung des AHV-Gesetzes (Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und Optimierung in der 2. Säule)

An der Plenarversammlung vom 30. Juni verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zur Änderung des AHG-Gesetzes betreffend eine Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und eine Optimierung in der 2. Säule. Die Kantone lehnen die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung von Artikel 61 Absatz 3 BVG betreffend eine Optimierung der Aufsicht der 2. Säule ab. Diese Änderung würde einen unnötigen Eingriff des Bundes in die Organisationsautonomie der Kantone darstellen. Die Kantone wollen auch in Zukunft direkt über die Organisation der Aufsicht in der 2. Säule entscheiden können. Die aktuelle Regelung garantiert die Unabhängigkeit der Aufsichtstätigkeit hinreichend. Ausserdem gibt es keine konkreten Anhaltspunkte für die vom Bundesrat befürchteten Interessenkonflikte. Deshalb besteht aus Sicht der Kantone kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

Umsetzung von Art. 121a BV: Ordnungsänderungen zur Steuerung der Zuwanderung

Nachdem die Eidgenössischen Räte am 16. Dezember 2016 eine FZA-konforme Umsetzung von Artikel 121a BV auf Gesetzesstufe beschlossen hatten, beteiligten sich die Kantone im ersten Quartal 2017 an den Arbeiten des Bundes zur Umsetzung dieser Beschlüsse auf Verordnungsstufe. Nach Eröffnung der Vernehmlassung zu den Verordnungen zur Umsetzung von Art. 121a BV bzw. des revidierten Ausländergesetzes erarbeiteten die Sekretariate von KdK, VDK, KKJPD und SODK einen Entwurf für eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone, welcher am 29. September von der Plenarversammlung der KdK verabschiedet wurde. Am 8. Dezember verabschiedete der Bundesrat schliesslich die entsprechenden Verordnungen. Den Anliegen der Kantone trug er dahingehend Rechnung, dass nun eine gestaffelte Inkraftsetzung der Stellenmeldepflicht vorgesehen ist. Ungeklärt blieben aber weiterhin Fragen im Zusammenhang mit der Kontrolle der Stellenmeldepflicht durch die Kantone und deren Finanzierung.

Bundesgesetz über die Unterstützung einer nationalen Menschenrechtsinstitution

An der Plenarversammlung vom 29. September verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme betreffend den Beschluss des Bundesrates zur Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI). Während die Kantone die Bedeutung des Schutzes der Menschenrechte unterstrichen, hielten sie gleichzeitig fest, dass eine künftige NMRI auf die schweizerischen Gegebenheiten ausgerichtet sein muss. Eine Delegation von staatlichen Aufgaben an die künftige Institution lehnten die Kantone entschieden ab. Der Fokus der Institution sollte auf der Erbringung von Dienstleistungen liegen.

Steuervorlage 17

An der Plenarversammlung vom 22. Dezember verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zur Steuervorlage 17 (SV 17). Die Kantone stehen hinter der Vernehmlassungsvorlage des Bundesrates. Eine Reform des Schweizer Unternehmenssteuerrechts ist dringend erforderlich, um eine wettbewerbsfähige Steuerbelastung zu garantieren und die internationale Akzeptanz des Steuersystems unseres Landes wiederherzustellen. Die Unternehmen brauchen Rechts- und Planungssicherheit. Die Kantonsregierungen unterstützen die Anpassungsanträge der FDK vollumfänglich. Sie fordern namentlich die Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer auf 21,2%. Nur so werden die Kantone über ausreichenden Spielraum verfügen, um ihre Standortattraktivität zu erhalten und die Auswirkungen der SV 17 auf die Gemeinden angemessen zu berücksichtigen.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)

Varianten für einen direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "RASA"

Am 1. Februar 2017 eröffnete der Bundesrat eine Vernehmlassung zu zwei Varianten für einen direkten Gegenvorschlag zur RASA-Initiative. In ihrer anlässlich der Plenarversammlung vom 17. März verabschiedeten Stellungnahme erachteten die Kantonsregierungen die seitens des Bundesrates vorgeschlagenen Varianten als nicht überzeugend und lehnten folglich beide Varianten ab.

Berichtsentwurf im Rahmen des Universal Periodic Review der UNO

Die Kantonsregierungen verabschiedeten an der Plenarversammlung vom 17. März eine Stellungnahme zum Berichtsentwurf des Bundesrates im Rahmen der dritten allgemeinen Überprüfung der Schweiz. Hierbei hielten die Kantone fest, dass die Menschenrechtslage in der Schweiz grundsätzlich als gut eingestuft werden kann. Die Überprüfung der Schweiz vor dem Menschenrechtsrat der UNO fand am 10. November 2017 statt. Staatsratspräsident François Longchamp (GE) vertrat die Kantone in der Schweizer Delegation.

Positionsbezug der Kantone zur No-Billag-Initiative

Die Plenarversammlung vom 22. Dezember empfahl die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio und Fernsehgebühren (No-Billag-Initiative)» zur Ablehnung und beschloss eine einfache Behördeninformation aus kantonaler Sicht durchzuführen. Die KdK erarbeite gemeinsam mit der in diesem Dossier federführenden Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) ein Argumentarium, das sie den Kantonsregierungen Anfang 2018 für die Behördeninformation auf kantonaler Ebene zur Verfügung stellte. Die Kantone lehnten die No-Billag-Initiative ab, weil deren Annahme der schweizerischen Medienlandschaft grossen Schaden zufügen würde. Besonders betroffen wären die sprachlichen Minderheiten, also die französische, italienische und rätoromanische Schweiz sowie die Rand- und Bergregionen. Der Service public bei den elektronischen Medien in der heutigen Form müsste aufgegeben werden. Dadurch würde ein vielfältiges und unabhängiges Informationsangebot verloren gehen, das einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Meinungs- und Willensbildung leistet und sich um den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt der Schweiz bemüht.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung bei aussenpolitischen Entscheiden (gemäss Art. 55 BV)

Verhandlungsmandat für die Aushandlung eines Freihandelsabkommens zwischen den Staaten der EFTA und den Staaten des MERCOSUR

Anlässlich der Plenarversammlung vom 17. März haben die Kantonsregierungen eine konsolidierte Stellungnahme zum Verhandlungsmandat für die Aushandlung eines Freihandelsabkommens zwischen den Staaten der EFTA und den Staaten des MERCOSUR verabschiedet.

2.1.5 Zusammenarbeit Bund - Kantone

Föderalistischer Dialog Bund – Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum «Föderalistischen Dialog Bund – Kantone». An diesen Treffen sollen Kooperationsfragen im Verhältnis Bund – Kantone frühzeitig erkannt sowie der Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sichergestellt werden. Im Berichtsjahr fanden am 17. März und am 10. November Föderalistische Dialoge statt. Dabei wurden unter anderem folgende Themen diskutiert: Beziehungen Schweiz – EU (Umsetzung Art. 121a BV und institutionelle Fragen), Behördeninformation vor Volksabstimmungen, Optimierung des Finanzausgleichs, Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, Kosten der Integration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen / Integrationsagenda, Steuervorlage 17, Gesundheitskosten und Monitoringbericht Föderalismus 2014–2016.

Europadialog

Im Berichtsjahr trafen sich die Delegationen des Bundes und der Kantone am 26. Januar, 23. März, 8. Mai, 9. Juni, 5. Juli, 16. August, 19. Oktober sowie am 15. Dezember. Im Vordergrund der Gespräche stand dabei die Umsetzung von Artikel 121a BV, die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen Schweiz – EU sowie der Brexit und seine Folgen für die Schweiz.

Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem «Stammtisch der Kantone» ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der Stammtisch ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet. Anlässlich der Sessionen der eidgenössischen Räte fanden 2017 vier Stammtische statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: Reform der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, obligatorische Erdbebenversicherung, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, Alternativen zur einheitlichen Finanzierung stationäre und ambulante Leistungen, KVG-Teilrevision zur Zulassung von Leistungserbringern, Steuervorlage 17 und Änderung des Status der vorläufig aufgenommenen Personen in der Schweiz.

Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ständerat und der KdK gemeinsam zu diskutieren. In der Berichtsperiode wurden am 3. Februar und am 1. September Treffen mit dem Büro des Ständerates durchgeführt. Neben allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit Ständerat – KdK wurden unter anderem folgende Themen behandelt: Europapolitik (Umsetzung Art. 121a BV und institutionelle Fragen), Kosten der Integration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen / Integrationsagenda, Optimierung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen, Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, frühzeitiger Einbezug der Kantone in Gesetzgebungsprojekte des Parlaments, Steuervorlage 17 und Monitoringbericht Föderalismus 2014–2016.

2.1.6 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Präsidiensklausur KdK – Direktorenkonferenzen

Seit 2010 finden auf Einladung der KdK regelmässig politische Klausuren zwischen den Präsidien der Direktorenkonferenzen und der KdK statt. Die Präsidiumsklausur vom 20./21. Januar bot einerseits die Gelegenheit zum gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch über aktuelle Arbeitsschwerpunkte der Konferenzen in Politikbereichen von gemeinsamem Interesse. Andererseits diskutierten die Teilnehmenden gemeinsame Schwerpunktthemen: 1) Kosten für die Integration von VA/FL und die Unterbringung/Betreuung von MNA, 2) Überprüfung Aufgabenteilung Bund – Kantone, 3) Europapolitik und Zuwanderung sowie 4) Raumplanung. Ausserdem wurden konkrete Fragen der Zusammenarbeit zwischen den Konferenzen und weitere spezifische Themen wie z.B. die Cyber-Kriminalität behandelt. An der Präsidien Sitzung vom 4. September wurden die Schwerpunktthemen 1) Europapolitik und Zuwanderung, 2) Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone, 3) Integrationsagenda Schweiz sowie weitere Themen von gemeinsamen Interesse diskutiert.

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen: Fachkoordination / Weiteres

Die Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo), deren Sekretariat von der KdK geführt wird, koordiniert die Bearbeitung der Bundesgeschäfte unter den interkantonalen Konferenzen und fördert die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch unter ihren Mitgliedern.

An den vier Sitzungen im Berichtsjahr bestimmte die KoSeKo die federführenden und die interessierten Konferenzen für die neuen Vorlagen, die der Bund 2017 initiiert hat. Weiter diskutierte die KoSeKo über die 2017 zur Abstimmung gebrachten Themen und nahm zu folgenden Themen Stellung: Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz, Aktualisierung des Konzepts der Behördeninformation und Schaffung und Betrieb der Monitoringlösung Bundesgeschäfte für Konferenzen und Kantone (MoKKa). Schliesslich diskutierte die KoSeKo über mögliche Optionen für eine bessere Nutzung der kommunikativen Potenziale im Haus der Kantone und erarbeitete ein Kommunikationskonzept für die Feier des 10-Jahr-Jubiläums des Hauses der Kantone am 10. September 2018. Die von der KoSeKo im Herbst organisierte Weiterbildungsveranstaltung befasste sich mit dem Thema Digitalisierung. Anhand von konkreten Beispielen wurde über die Bedürfnisse betreffend die Begleitung von Digitalisierungsprojekten der Kantone diskutiert.

Regionale Regierungskonferenzen

Die Vertreterinnen und Vertreter der Sekretariate der regionalen Regierungskonferenzen sowie der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich trafen sich am 12. Mai und 17. November 2017 mit der Generalsekretärin der KdK zu einem gegenseitigen Informations- und Gedankenaustausch. Die KdK stellte die Vorlagen des Bundes mit den stärksten Auswirkungen auf die Kantone vor und informierte über aktuelle Projekte der interkantonalen Zusammenarbeit.



Frühjahrstagung der Staatsschreiberkonferenz in Chur, 20./21. April 2017.

2.2 Weitere Themen

2.2.1 Allgemeines

Behördeninformation: Aktualisierung Konzept

Das Bundesgericht hat am 14. Dezember 2016 einen Leitentscheid gefällt, der den Kantonsregierungen und interkantonalen Konferenzen eine Intervention im Vorfeld von eidgenössischen Abstimmungen untersagt, wenn sie nicht eine im Vergleich zu anderen Kantonen stärkere Betroffenheit durch die Vorlage nachweisen können. Mit diesem Entscheid wendet das Bundesgericht die gleiche strikte Praxis für die kantonale Ebene an wie für die kommunale Ebene. Im Rahmen der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III (USR III) wurden daraufhin drei Stimmrechtsbeschwerden gegen die FDK, die VDK und die KdK eingereicht. Aufgrund des klaren Abstimmungsresultates lag zum Zeitpunkt des Bundesgerichtsentscheids vom 30. März 2017 kein schutzwürdiges Interesse mehr vor, weshalb das Bundesgericht nicht mehr auf die drei Beschwerden eingetreten ist. Das Bundesgericht hat demnach keine materiellen Äusserungen zur Handhabung von Interventionen im Vorfeld von Abstimmungen gemacht.

Die KdK hat bereits 2013 ein Konzept mit Empfehlungen betreffend Behördeninformationen verfasst. Aufgrund der neuen Erfahrungen im Zusammenhang mit den eingegangenen Stimmrechtsbeschwerden wurde entschieden, das Konzept zu überprüfen und wo nötig anzupassen und zu präzisieren. Das überarbeitete Konzept wurde dem Leitenden Ausschuss und den Direktorenkonferenzen zur Konsultation vorgelegt und von der Plenarversammlung am 22. Dezember verabschiedet. Im Anschluss daran wurde es den Direktorenkonferenzen und den regionalen Regierungskonferenzen zur freien Nutzung zugestellt.

Monitoringlösung für Konferenzen und Kantone

Die Monitoringlösung für Konferenzen und Kantone zur Bearbeitung von Bundesgeschäften (MoKKa) ging im April 2017 in Betrieb. Eine Umfrage bei den Konferenzen und Kantonen betreffend die Nutzung der Datenbank hat ergeben, dass sehr unterschiedliche Erwartungen an MoKKa bestehen. Im kommenden Jahr sollen die Leistungen von Mokka evaluiert und ein Prozess für die Weiterentwicklung des Systems erarbeitet werden.

Forum of Federations

Die Schweiz unterstützt die Arbeiten des Forum of Federations (FoF) seit seiner Gründung 1999 mit Fachwissen und im Rahmen von Veranstaltungen. Seit 2005 ist die Schweiz auch formell ein Partnerstaat des FoF. Im Vorstand des FoF ist die Schweiz aktuell durch alt Regierungsrat und alt Ständeratspräsident Hans Altherr vertreten. Im beratenden Strategic Council nehmen zudem die Generalsekretärin der KdK, ein Vertreter der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sowie ein Vertreter des Bundesamts für Justiz (BJ) für die Schweiz Einsitz. Für die Jahre 2013–2017 bestanden drei Verträge zwischen der Schweiz und dem FoF. Im Berichtsjahr wurden alle drei Verträge erneuert. Die KdK hat mit dem FoF einen neuen Vertrag für die Jahre 2017–2020 abgeschlossen. Der darin festgehaltene Unterstützungsbeitrag von CHF 50'000 pro Jahr steht jeweils unter dem Vorbehalt, dass die Kantonsregierungen dem Budget der KdK zustimmen.

Empfang von Delegationen

Die KdK empfängt jedes Jahr Delegationen aus dem In- und Ausland, die sich für Föderalismus, das politische System der Schweiz und den Finanzausgleich interessieren. Im Berichtsjahr besuchten folgende Delegationen die KdK respektive das Haus der Kantone:

Datum	Delegation / Land
26.01.2017	Bilateraler Dialog Kuba – Schweiz
27.04.2017	Studierende der Uni Bern – Vorlesung Schweizer Politik
05.05.2017	Delegation aus Äthiopien
05.05.2017	Mitarbeitende der Schweizerischen Depeschenagentur (sda)
14.06.2017	Besuch von Prof. Santarelli aus Buenos Aires
24.11.2017	Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Grossen Rats, Kt. Freiburg
30.11.2017	Delegation aus Österreich
07.12.2017	Delegation von Mitarbeitenden französischer Parlamentarier

Finanzbericht zu den Regierungs- und Direktorenkonferenzen

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erarbeitet jedes Jahr einen Bericht mit Informationen zu den finanziellen (Ausgaben und Einnahmen) und strukturellen Aspekten (Bestandeszahlen) der KdK und der Direktorenkonferenzen. Der Finanzbericht 2016 wurde der Plenarversammlung der KdK vom 22. Dezember zur Kenntnisnahme vorgelegt und anschliessend an alle Direktorenkonferenzen übermittelt. Der Finanzbericht zeigt, dass die Ausgaben und Einnahmen der Direktorenkonferenzen zwischen 2015 und 2016 zurückgegangen sind.

2.2.2 Aussenpolitik

Europapolitik

Wie in den vergangenen Jahren nahmen Vertreter der verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit, öffentliches Beschaffungswesen sowie Land- und Luftverkehr teil. Daneben setzte die Begleitorganisation der KdK die allgemeine Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU fort. Schliesslich nahmen Vertreter des KdK-Sekretariats auch an den im Berichtsjahr durchgeführten Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen teil.

Brexit

Das britische Stimmvolk beschloss am 23. Juni 2016 mittels Referendum den Austritt aus der Europäischen Union. Das Datum des Austritts ist der 29. März 2019. Im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreiches (UK) aus der EU, ist der Bundesrat bestrebt, die gegenseitigen Rechte und Pflichten über den Zeitpunkt des EU-Austritts des UK hinaus sicherzustellen und allenfalls auszubauen (Strategie «Mind the gap»). Auf politischer Ebene informierte der Bundesrat die Vertreter der KdK im Rahmen der periodisch stattfindenden Europadialoge über die diesbezüglichen Entwicklungen. Auf technischer Ebene fand die Information über die Vertreter der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des Bundes (DEA) statt.

Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative) wurde am 12. August 2016 eingereicht. Ziel der Initiative ist es, den Vorrang des schweizerischen Verfassungsrechts gegenüber dem Völkerrecht zu stärken. Das Schweizer Recht soll durch Volk und Stände bestimmt werden. Eine ausdrückliche in der Bundesverfassung festgehaltene Vorrangregelung soll zudem auch verhindern, dass die Souveränität der Schweiz schleichend an die EU abgegeben wird. Von der Vorrangregelung ausgeschlossen ist das zwingende Völkerrecht. Der Verfassung widersprechende Verträge sind anzupassen und nötigenfalls zu kündigen.

Am 5. Juli 2017 hat der Bundesrat die Botschaft zur Selbstbestimmungsinitiative verabschiedet. Die Selbstbestimmungsinitiative ist von grosser Tragweite für die internationale Glaubwürdigkeit der Schweiz und könnte den Abschluss von weiteren Abkommen mit der EU wie auch von Freihandelsverträgen massgeblich erschweren. Die Plenarversammlung der KdK vom 29. September 2017 hat deshalb beschlossen, zu gegebenem Zeitpunkt einen gemeinsamen Positionsbezug zu verabschieden.

EFTA

Die Arbeitsgruppe «Dienstleistungen» der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierten Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen sowie die Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU – sei es bilateral oder im Rahmen der EFTA. Zudem nahmen Vertreter der Kantone als Beobachter an den Sitzungen des EFTA-Regionalforums teil.

WTO/GATS

Im Berichtsjahr verfolgte das Sekretariat der KdK weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen.

Reorganisation der Begleitorganisation Schengen/Dublin

Die 2016 beschlossene Reorganisation der interkantonalen Begleitorganisation Schengen/Dublin (BOSD) der KdK wurde Ende 2017 mit der Wahl der kantonalen Experten für die einzelnen Expertenpools in den Bereichen Polizeizusammenarbeit, Migration/Asyl, Grenzen, justizielle Zusammenarbeit sowie Datenschutz formell abgeschlossen.

Wie in den vergangenen Jahren nahmen die politischen Vertreter und Experten der BOSD an der Seite des Bundes an Sitzungen der Gemischten Ausschüsse und Arbeitsgruppen der EU zu rechtsetzenden Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin teil. Im Zentrum der Begleitarbeiten standen politische Massnahmen und Gesetzgebungsarbeiten der EU zur Stärkung der Aussengrenzen und der inneren Sicherheit sowie im Bereich Asyl und Migration.

Schengen/Dublin: Datenschutz

Die Arbeitsgruppe Datenschutz der Begleitorganisation Schengen/Dublin (BOSD) verfolgte im Berichtsjahr die Entwicklungen in der EU im Bereich Datenschutz, welche im Zeichen der Umsetzung der 2016 in Kraft getretenen Datenschutzreformen der EU standen. Der kantonale Anpassungsbedarf an die schengenrelevanten Bereiche der EU-Datenschutzrevision wurden Ende 2016 / Anfang 2017 durch die Arbeitsgruppe Datenschutz der BOSD mittels eines Berichts zuhanden der Kantone aufgezeigt.

Das Berichtsjahr stand auch im Zeichen der Vorbereitungsarbeiten zu den 2018 stattfindenden Schengen/Dublin-Evaluationen in der Schweiz durch Experten der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten. Die KdK begleitete die formellen Vorarbeiten (schriftliche Evaluation) und die Organisation der Ortsbesuche in den Kantonen, insbesondere im Bereich des kantonalen Datenschutzes.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Im Januar 2017 besuchte eine Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) die Schweiz, um den Stand der Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zu überprüfen. Im Rahmen dieses Besuches fand ein Treffen zwischen der Delegation der Schweiz beim KGRE, der Monitoring-Delegation und Vertretern des KdK-Sekretariats statt. Der aus dem Besuch resultierende Bericht wurde an der 33. Session des KGRE im Oktober 2017 in Strassburg verabschiedet.

Korruptionsbekämpfung

Die Kantone wurden Ende 2016 vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) aufgefordert, im Rahmen des Länderexamens der Schweiz in Bezug auf die Phase 4 der OECD-Konvention zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr, eine Rückmeldung zum Stand der Umsetzung zu erstatten. Das KdK-Sekretariat koordinierte die darauf basierende Konsultation der Kantone und übermittelte die konsolidierten kantonalen Rückmeldungen an das SECO. Der Bericht der Schweiz zum Stand der Umsetzung der Konvention wurde im Juni 2017 der OECD zugestellt, der Besuch einer OECD-Delegation in der Schweiz fand im September statt.

Agenda 2030

Am 25. September 2015 hat die internationale Staatengemeinschaft die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Der Bundesrat wird dem zuständigen Gremium der UNO in diesem Zusammenhang 2018 einen Länderbericht vorlegen. Im Berichtsjahr befasste sich die KdK auf Antrag der Direktorenkonferenzen mit dieser Thematik, da die Kantone von der Agenda 2030 in vielen Bereichen betroffen und in einigen Bereichen sogar selber zuständig sind. Ziel der Bemühungen ist es, einen adäquaten Einbezug der Kantone in die weiteren Arbeiten zur Umsetzung der Agenda 2030 sicherzustellen.

2.2.3 Innenpolitik

Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

Im Frühling 2013 setzte die KdK eine Arbeitsgruppe «Umsetzung Bundesrecht» ein. Ihre Aufgabe war es, die Massnahmen des 2012 verabschiedeten Berichtes zur besseren Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone umzusetzen. In der Arbeitsgruppe waren alle Kantone mit einer oder mehrerer Fachpersonen vertreten. Gesamthaft zählte sie rund 40 Mitglieder. Fünf davon bildeten einen Ausschuss, in dem mehrheitlich die materiellen Arbeiten geleistet wurden. Im Berichtsjahr waren die Umsetzungsarbeiten der Arbeitsgruppe weitestgehend abgeschlossen. Über diese Arbeitsgruppe konnte die KdK spezifisches Fachwissen zu juristischen Fragestellungen in der Gesetzgebung auf eine unkomplizierte Weise von Praktikern einholen. Der Leitende Ausschuss sprach sich an seiner Sitzung vom 11. November dafür aus, die Arbeitsgruppe aufrecht zu erhalten. Die bisherige Organisation soll jedoch vereinfacht werden. Der Ausschuss wird aufgelöst und die Arbeitsgruppe soll neu aus 5–10 Personen bestehen. Die im Rahmen der bisherigen Arbeitsgruppe entstandenen Kontakte zu den Kantonen werden weiterhin im Sinne eines erweiterten Netzwerks gepflegt.

Interkantonales Streitbeilegungsverfahren

Das interkantonale Streitbeilegungsverfahren ist in der Rahmenvereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) geregelt und sieht einerseits ein informelles Verfahren vor, das durch die KdK durchgeführt wird, andererseits ein formelles Verfahren, das vor der Interkantonalen Vertragskommission (IVK) durchgeführt wird. Im Berichtsjahr wurden bei der KdK zwei Streitbeilegungsgesuche eingereicht. Sowohl das Gesuch des Kantons St. Gallen wie auch dasjenige des Kantons Wallis betrafen die Übernahme der Platzierungskosten von Minderjährigen in pädagogischen Anstalten gemäss der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE). In beiden Fällen wurde, nach erfolglosem informellem Verfahren, das formelle Verfahren eingeleitet. Die mündlichen Verhandlungen finden Anfang Februar 2018 statt.

Raumkonzept Schweiz

Nach dem Genehmigungsprozess auf allen Staatsebenen wurde das Raumkonzept Schweiz (RKCH) Ende 2012 publiziert. Das RKCH postuliert Folgearbeiten, welche die drei staatlichen Ebenen gemeinsamen angehen sollen. Zudem soll nach fünf Jahren der Stand der Konkretisierung und der Anpassungsbedarf des RKCH geprüft werden. Deshalb wurde zur Beobachtung der weiteren Entwicklung und der Berichterstattung eine tripartite Kerngruppe eingesetzt, die sich aus Vertretungen der Geschäftsstellen der Trägerorganisationen (UVEK, KdK, BPUK, SSV und SGV) zusammensetzt. Die Federführung liegt beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE).

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten lag im Berichtsjahr bei der Erarbeitung des ersten Fünfjahresberichts zum RKCH. Der Entwurf des Fünfjahresberichts wurde in der Tripartiten Konferenz vom 3. November diskutiert. Alle Delegationen erachteten den Bericht als reif für die Konsultation und Verabschiedung durch die Trägerorganisationen des RKCH. Der Bericht nimmt eine kritische Standortbestimmung zum Stellenwert und zum Stand der Anwendung des RKCH vor. Er erhebt weder den Anspruch eines vollständigen Tätigkeitsberichts über alle Handlungsfelder des RKCH noch einer umfassenden Evaluation der Raumentwicklung Schweiz.

Fachkräfteinitiative plus

Im Juni 2015 haben der Bund und die Kantone eine Vereinbarung (FKI plus) für eine bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und die Mobilisierung des ungenutzten Potenzials abgeschlossen, um der Forderung nach einer besseren Akzeptanz der Zuwanderung nachzukommen. Dabei wurden vier Prioritäten festgelegt: (1) Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen, (2) Weiterführung der Erwerbstätigkeit von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, (3) generelle Arbeitsmarktmassnahmen zur Nachwuchssicherung und zum Personalerhalt sowie (4) Erhöhung der Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen.

2017 haben Bund und Kantone ihre Kommunikationsaktivitäten zum Thema «Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials» intensiviert: Die Website www.fachkraefte-schweiz.ch wurde aktualisiert, das GS KdK hat bei allen Kantonen eine Umfrage zu den kantonalen Aktivitäten in den vier Schwerpunkten der FKI plus durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Umfrage konnten zahlreiche neue Beispiele auf der Website aufgeschaltet werden, aktuell umfasst die entsprechende Datenbank rund 300 Einträge. Im Hinblick auf die Umsetzung von Artikel 121a BV haben Bund und Kantone zudem ein Faktenblatt erarbeitet mit zentralen Aussagen, was in der Schweiz getan wird, um das inländische Arbeitskräftepotenzial optimal auszuschöpfen.

Im Oktober 2017 schliesslich veröffentlichte der Bundesrat den neusten Monitoring-Bericht zur Fachkräfteinitiative, der unter Einbezug der Kantone erarbeitet worden ist. Darin wird aufgezeigt, dass die Zahl der FKI-Massnahmen seit dem ersten Bericht von 30 auf 44 erhöht wurde. Dank der verstärkten Koordination und Kooperation im Rahmen der FKI leisten Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen Beiträge zur Linderung des Fachkräftemangels.

Interkantonales Konkordat Erdbebenversicherung

Am 19. Mai 2017 verabschiedete die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) ein Eckwertpapier zur Schaffung eines Interkantonalen Konkordats für eine obligatorische Erdbebenversicherung (IKEV). Die RK MZF vertrat die Position, dass ein Konkordat einzuführen sei, wenn eine Anzahl Kantone beitreten, die zusammen mindestens 85% der zu versichernden Gebäude- und Sachwerte der Schweiz abdecken.

In der Folge führte die KdK bei den Kantonsregierungen eine Konsultation zu diesem Eckwertpapier durch. Da aber nur 13 Kantone die Ausarbeitung eines Konkordats befürworteten und somit die zur Abdeckung erforderliche Zahl von mindestens 85% der zu versichernden Gebäude und Sachwerte damit nicht zustande gekommen ist, verzichteten die Kantonsregierungen darauf, einen Entwurf für ein IKEV zu erarbeiten.

Geldspielgesetz

Im Herbst 2015 stellte der Bundesrat den Entwurf des Bundesgesetzes über Geldspiele (BGS) vor. Im Geldspielgesetz werden das bisherige Spielbankengesetz und das Gesetz betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten zusammengeführt. Der Entwurf setzt den am 11. März 2012 von Volk und Ständen angenommenen Artikel 106 BV über die Geldspiele um. Das neue Gesetz übernimmt im Wesentlichen die geltende Regelung. Die Anpassungen berücksichtigen die technologischen Entwicklungen, die internationale Konkurrenz und den Schutz der Bevölkerung. Einige der Anpassungen sehen insbesondere die Steuerbefreiung aller Geldspielgewinne sowie die Sperrung des Zugangs zu in der Schweiz nicht zugelassenen Geldspielangeboten vor. Die für dieses Geschäft zuständige Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt (FDKL) unterstützt die Vorlage des Bundesrates, welche zu einer kohärenten Regelung der Geldspiele führt und die Zuständigkeiten der Kantone im Bereich der Lotterien und Wetten wahrt.

Das Gesetz wurde vom Parlament am 29. September 2017 verabschiedet. Im Oktober ergriffen drei Komitees das Referendum gegen das Gesetz. Sie wehren sich gegen die Sperrung von Internetseiten, die illegal Online-Spiele anbieten. Da genügend Stimmen zusammengekommen sind, wird am 10. Juni 2018 über das Geldspielgesetz abgestimmt werden. Nach Rücksprache mit der FDKL haben sich die Kantone an der Plenarversammlung der KdK im Dezember dafür ausgesprochen, an der Plenarversammlung vom 23. März 2018 einen gemeinsamen Positionsbezug zu verabschieden.

Olympische Winterspiele 2026

Im Sommer 2017 haben das Bewerbungskomitee «Sion 2026» und Swiss Olympic ein Dossier zur Machbarkeit der Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele 2026 beim Bundesrat und den am Projekt beteiligten Kantonen eingereicht. Der Bundesrat hat das Dossier im Herbst geprüft und entschieden, die Olympiakandidatur zu unterstützen. Seitens der Kantone liegt die Federführung für Fragen der Sicherheit bei der KKJPD. An der Herbstver-

sammlung hielt die KKJPD fest, dass die Kantone bereit und in der Lage sind, die Sicherheit an Olympischen Winterspielen in der Schweiz zu gewährleisten. Im Dezember hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Bundesbeitrag eröffnet. Die KdK hat in Absprache mit der KKJPD den Lead im Meinungsbildungsprozess übernommen und wird eine gemeinsame Stellungnahme der Kantonsregierungen erarbeiten.

Expo 2027

Im Zusammenhang mit aktuellen Projektideen für eine künftige Landesausstellung hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) die Generalsekretärin KdK und den Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) am 21. Juni zu einem Austausch eingeladen. Um das Vorgehen zwischen Bund und Kantonen zu koordinieren, wurde beschlossen, gemeinsame Leitlinien für den Umgang mit Projektinitianten und der Öffentlichkeit auszuarbeiten. Der Leitende Ausschuss hat das KdK-Sekretariat an seiner Sitzung vom 25. August beauftragt, gemeinsam mit dem SECO entsprechende Leitlinien zu erarbeiten. Das SECO hat Brugger und Partner mit der Projektleitung beauftragt. Im Herbst fanden auf der Fachebene je ein Hearing mit den Vertretungen der beteiligten Bundesämter (SECO, BASPO, BJ, BAK und EFV) und eines mit den Vertretungen der beteiligten Konferenzen (KdK, VDK, KKJPD) statt.

Modernisierung Grundbuch

Am 16. April 2014 veröffentlichte der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, die sich unter anderem mit dem Grundbuch befasst. Mit der Revisionsvorlage sollen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass in sämtlichen Registern des Privatrechts eine einheitliche Erfassung der natürlichen Personen sichergestellt ist. Der Bund möchte auf diesem Weg eine kantonsübergreifende elektronische Informationsplattform für die Daten der Grundbücher und amtlichen Vermessungen schaffen. Nach Ansicht der Kantone geht diese Revision weit über technische Anpassungen des Zivilgesetzbuches hinaus. Als problematisch stufen die Kantone insbesondere ein, dass die computergestützte Verwaltung der Grundbücher der Zuständigkeit der Kantone und des Bundesamts für Justiz (BJ) unterstellt werden (Art. 949d ZGB) und die Grundeigentümer einen neuen Identifikator (Art. 949b ZGB) verwenden sollten. Der Bundesrat hatte im ursprünglichen Entwurf die Verwendung der AHV-Nummer vorgeschlagen. In der Wintersession der eidgenössischen Räte befand sich das Geschäft in der Differenzbereinigung. Diese betraf insbesondere die beiden Punkte, welche die Kantone zur Sprache gebracht hatten. An seiner Sitzung vom 10. November 2017 beschloss der Leitende Ausschuss der KdK deshalb, die Kantonsregierungen und die eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit einem Schreiben für die Haltung der Kantone in diesem Geschäft zu sensibilisieren. Dieses wurde schliesslich im Sinne der Kantone geregelt und vom Parlament am 15. Dezember 2017 verabschiedet.

Überprüfung föderaler Streitigkeiten

Die Plenarversammlung der KdK hatte am 30. September 2016 beschlossen, vorderhand auf Bestrebungen zugunsten einer Verfassungsgerichtsbarkeit zu verzichten und stattdessen bei Gelegenheit einen geeigneten Anwendungsfall mit staatsrechtlicher Klage vor Bundesgericht zu bringen. Im Januar 2017 wurden die Kantonsregierungen und Direktorenkonferenzen eingeladen, mutmassliche Verstösse des Bundes gegen die föderalistischen Grundsätze respektive mögliche Anwendungsfälle zu melden.

Im Berichtsjahr sind keine solchen Meldungen zu verzeichnen gewesen.

Nationaler Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus

Die Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus geht die Gesellschaft als Ganzes an. Gefordert sind zahlreiche Behörden auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene, aber auch die Zivilgesellschaft. Dementsprechend hat der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) ab 2016 zahlreiche Akteure der drei staatlichen Ebenen

in die Ausarbeitung eines entsprechenden Nationalen Aktionsplans (NAP) einbezogen; die KdK war über die Geschäftsstelle der Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) vertreten. Der Anfang Dezember 2017 verabschiedete NAP stellt insgesamt 26 Massnahmen in fünf Handlungsfeldern zur Diskussion. Diejenigen Massnahmen, die einen integrationspolitischen Bezug aufweisen, bewegen sich im Rahmen von bestehenden Aktivitäten der Kantone. Dies betrifft namentlich die Massnahme betreffend Beratungsangebote in Diskriminierungsfällen. Im Rahmen der kantonalen Integrationsprogramme verfolgen die Kantone mit konkreten Massnahmen den Schutz vor Diskriminierung. Dabei ist auch die Beratung für Opfer von Diskriminierung gewährleistet.

2.2.4 Mandate

Geschäftsstelle der Tripartiten Konferenz

Gestützt auf die Vereinbarung über die Tripartite Konferenz (TK) sowie einen entsprechenden Leistungsvertrag zwischen den Geschäftsstellen der TK-Träger (Bundesrat, KdK, SSV und SGV) führt die KdK die Geschäftsstelle der TK. Die entsprechenden Arbeiten umfassten im Berichtsjahr einerseits die Vor- und Nachbereitung der TK-Sitzungen vom 23. Juni und 3. November sowie der Sitzungen der Tripartiten Technischen Arbeitsgruppe (TTA) vom 22. Februar, 27. April und 6. September. Andererseits stellte die Geschäftsstelle die Begleitung der laufenden TK-Projekte sicher. Namentlich leistete sie fachliche und administrative Unterstützung für die jeweils tripartit zusammengesetzten Projektleitungen und übernahm die Koordination mit externen Mandatsträgern. Diesbezüglich verdienen die folgenden Arbeitsschwerpunkte Erwähnung:

Ausländer- und Integrationspolitik

Erfolgreiche Integration erfordert auf mehreren Ebenen eine enge Zusammenarbeit: zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, zwischen einzelnen Politikbereichen wie Bildung, Arbeit, Soziales oder Gesundheit, und zwischen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung. Deshalb lancierte die TK 2012 den Integrationsdialog. Damit wollte die TK die öffentlich-private Zusammenarbeit in drei Integrationsbereichen vertiefen: Arbeiten und Bildung; Aufwachsen; Zusammenleben. Im Rahmen dieser Initiative haben staatliche und private Akteure auf gemeinsame Ziele hingearbeitet und konkrete Integrationsprojekte lanciert.

Im Berichtsjahr fand beispielsweise eine vom Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz organisierte Abschluss- und Bilanztagung zur Dialogschiene «Aufwachsen – gesund ins Leben starten» statt. Diese Fachtagung bot eine gute Plattform, um sich über *Good Practices* aus den Bereichen Gesundheit, Integration, Bildung und Soziales auszutauschen und den aktuellen Handlungsbedarf zu diskutieren. Geschätzt wurde insbesondere auch die Möglichkeit, sich interdisziplinär zu vernetzen. An der 3. Nationalen Integrationskonferenz vom 19. Juni, an der 250 Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Verwaltung und privaten Organisation aus den erwähnten drei Integrationsbereichen teilnahmen, konnte nach fünf Jahren Integrationsdialog eine positive Gesamtbilanz gezogen werden: Die Mehrheit der Ziele ist erreicht. Dass die staatlichen Akteure heute wesentlich enger mit der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, hat zu diesem Erfolg beigetragen. Die TK hat auf der Grundlage der bisherigen Dialogergebnisse konkrete Empfehlungen zuhanden der zuständigen Behörden von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure verabschiedet.

Finanzierungs-, Nutzen- und Lastenausgleichsfragen

Sobald in einem föderalistischen Staat Aufgaben zu lösen sind, die einen funktionalen Raum und damit meist mehrere Gemeinden oder sogar zusätzlich mehrere Staatsebenen betreffen, stellt sich die Frage, wie diese Aufgaben finanziert und wie die daraus resultierenden Lasten und Nutzen verteilt werden sollen. Ziel des von der TK am 23. Juni lancierten Projekts ist, eine aktuelle Übersicht über die diesbezüglich verwendeten Modelle in der Schweiz zu erarbeiten. Dabei stehen nicht nur Agglomerationen, sondern auch weitere funktionale Räume wie z. B. Regionalzentren oder Tourismuszentren im Fokus. Im Berichtsjahr fanden am 30. August und 12. Dezember je eine Sitzung der zuständigen tripartiten Begleitgruppe statt. In einem ersten Schritt wurden die Kantone, ausgewählten Städte, die Gemeindeverbände sowie

diverse regionale Akteure mittels einer Kurzumfrage befragt. Auf Grundlage der Auswertung dieser Umfrage wurde die Stossrichtung für die anschliessenden Vertiefungsarbeiten festgelegt. Es ist vorgesehen, erste Ergebnisse des Projekts im Sommer 2018 an einem Workshop mit einem breiteren Kreis von Fachexperten zu diskutieren.

Kohärente Raumentwicklung in Stadt-Land übergreifenden Regionen

Die TK bewilligte an ihrer Sitzung vom 3. November das Projekt «Kohärente Raumentwicklung in Stadt-Land-übergreifenden Regionen». Zur Förderung einer kohärenten Raumentwicklung, wie sie im Raumkonzept Schweiz postuliert wird, will die TK mit diesem Projekt die Akteure auf allen staatlichen Ebenen sowie die regionalen Akteure für die Zusammenarbeitspotenziale in Stadt-Land-übergreifenden Räumen sensibilisieren. Sie will anhand konkreter Beispiele aufzeigen, wie durch Zusammenarbeit im funktionalen Raum gemeinsame Entwicklungschancen besser genutzt und Aufgaben effizienter erfüllt werden können. Zudem soll das Projekt zur Klärung der Rolle und Beiträge von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden bezüglich einer kohärenten Raumentwicklung beitragen. Der Kick-off für das Projekt mit der zuständigen Begleitgruppe findet im Januar 2018 statt.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten

Seit 2006 führt das Sekretariat der KdK im Mandatsverhältnis die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der kantonalen, regionalen und kommunalen Integrationsdelegierten (KID). Die Geschäftsstelle organisierte im Berichtsjahr zwei gesamtschweizerische Tagungen, drei Vorstandssitzungen sowie eine Vorstandstreite, wobei jeweils auch die inhaltliche Vor- und Nachbereitung zu ihren Aufgaben zählte. Weiter nahm die Geschäftsstelle an 8 Regionalgruppentreffen in der ganzen Schweiz teil, wodurch der Informationsfluss zwischen den Regionen gefördert werden konnte, sowie an verschiedenen Tagungen und Treffen von Partnerorganisationen der KID.

Im Fokus der Diskussionen standen im Berichtsjahr die Themen Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften, der Status «Vorläufige Aufnahme», das neue Bürgerrechtsgesetz und die Integrationsverordnung zum Ausländergesetz sowie die Positionierung der KID bzw. von Integrationsthemen in der Politik und im öffentlichen Diskurs. Im Berichtsjahr ebenfalls von Bedeutung war die Integrationsagenda Schweiz. Mehrere KID-Vorstandsmitglieder haben sich im Rahmen der Projektgruppe «Integration» an den Arbeiten beteiligt und die Interessen der KID vertreten.

03

3 Rechnung

Bei der vorliegenden Jahresrechnung handelt es sich um eine gekürzte Darstellung. Der Revisionsbericht bezieht sich auf die umfassende Jahresrechnung.

Jahresrechnung 2017

	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Kantonsbeiträge	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Beiträge TK Bund und Gemeinden	288'260.83	300'000	244'064.10
Übrige Einnahmen	7'497.26	8'000	10'919.26
Total Ertrag	3'591'758.09	3'604'000	3'550'983.36
Personalaufwand	2'754'157.95	2'876'000	2'698'337.22
Betriebsaufwand	400'372.45	428'000	371'377.96
Arbeitsgruppen / Projekte	303'857.91	335'000	327'422.53
Tripartite Konferenz (TK)	110'101.23	120'000	34'064.13
Total Aufwand	3'568'489.54	3'759'000	3'431'201.84
Einnahmeüberschuss	23'268.55	0	119'781.52
Ausgabenüberschuss	0	155'000	0
Guthaben Kantone 31.12.2017	1'321'256.23		

Die Jahresrechnung 2017 der KdK schliesst bei einem Aufwand von CHF 3'568'489.54 (Kantonsbeiträge CHF 3'296'000.00) mit einem Ertragsüberschuss von CHF 23'268.55 ab. Dieser wird gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen, welches sich dadurch per 31.12.2017 auf CHF 1'321'256.23 erhöht.

Die Revision der Jahresrechnung 2017 wurde am 5. April 2018 durch die Finanzkontrolle des Kantons Solothurn vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

Kostenverteiler 2017 (gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Mittlere Wohnbevölkerung 2014	Schlüssel 2014	Kantonsbeiträge 2017
Aargau	640'819.5	7.83%	257'935
Appenzell AR	53'877.5	0.66%	21'686
Appenzell IR	15'816.0	0.19%	6'366
Basel-Landschaft	279'978.5	3.42%	112'694
Basel-Stadt	189'957.5	2.32%	76'459
Bern / Berne	1'005'349.5	12.28%	404'662
Fribourg / Freiburg	300'499.5	3.67%	120'954
Genève	473'409.0	5.78%	190'551
Glarus	39'693.5	0.48%	15'977
Graubünden / Grischun / Grigioni	195'422.5	2.39%	78'659
Jura	72'074.0	0.88%	29'010
Luzern	392'476.5	4.79%	157'975
Neuchâtel	176'864.5	2.16%	71'198
Nidwalden	41'984.0	0.51%	16'899
Obwalden	36'670.5	0.45%	14'760
St. Gallen	493'761.5	6.03%	198'743
Schaffhausen	79'100.0	0.97%	31'838
Schwyz	152'077.5	1.86%	61'212
Solothurn	262'578.0	3.21%	105'690
Thurgau	262'005.5	3.20%	105'459
Ticino	348'451.0	4.26%	140'254
Uri	35'936.5	0.44%	14'465
Valais / Wallis	329'387.0	4.02%	132'581
Vaud	755'409.5	9.23%	304'059
Zug	119'103.5	1.45%	47'940
Zürich	1'435'946.0	17.54%	577'980
			3
Total	8'188'648.5	100.00%	3'296'000

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik

Sommaire

Avant-propos.....	33
1 Organisation.....	35
1.1 Assemblée plénière	35
1.2 Bureau	36
1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques	37
1.4 Secrétariat	37
2 Activités.....	39
2.1 Axes prioritaires.....	39
2.1.1 Généralités.....	39
2.1.2 Politique extérieure.....	41
2.1.3 Politique intérieure.....	41
2.1.4 Prises de position.....	43
2.1.5 Collaboration Confédération – cantons	45
2.1.6 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales.....	46
2.2 Autres activités	47
2.2.1 Généralités.....	47
2.2.2 Politique extérieure.....	49
2.2.3 Politique intérieure.....	51
2.2.4 Mandats	54
3 Comptes	57
Annexes.....	59

Avant-propos

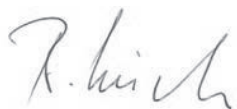
Durant l'année sous revue, la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) n'a eu de cesse de défendre les intérêts des cantons et a fait avancer nombre de ses dossiers prioritaires. Ainsi, en septembre, le Conseil fédéral est entré en matière sur le dispositif d'optimisation de la péréquation financière proposé par les cantons, qui a été repris dans le 3^e rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière à l'attention des Chambres fédérales. Le nouveau critère de pilotage prévoit une dotation minimale légale de 86,5 % en faveur du canton au potentiel de ressources le plus faible. Un groupe de travail politique « Tâches et finances Confédération – cantons » placé sous la direction du conseiller fédéral Ueli Maurer a été mis en place afin de déterminer ce qu'il adviendra des fonds fédéraux libérés. Les cantons sont d'avis que ces fonds devraient leur revenir dans leur intégralité, ceci pour des raisons de cohésion nationale. Le mandat du groupe de travail comprend par ailleurs le suivi du rapport en réponse à la motion « Séparation des tâches entre la Confédération et les cantons » et la poursuite du désenchevêtrement des tâches. Le Conseil fédéral s'est déclaré prêt, sur le principe, à discuter d'un projet « Répartition des tâches 2 », souhaité par les cantons.

L'année 2017 a permis de franchir une étape importante dans le domaine de l'asile : ainsi, partant des relevés effectués auprès des cantons par la CdC, la CDAS et la CDIP afin d'évaluer le coût de l'intégration, de l'hébergement et de l'encadrement des personnes du domaine de l'asile et préparer les jeunes adultes arrivés tardivement en Suisse à la formation professionnelle, les cantons sont arrivés à la conclusion que le forfait d'intégration doit passer de 6 000 à 18 000 francs. Confédération et cantons se sont entendus sur une procédure commune, l'« Agenda Intégration Suisse » dont les grandes lignes étaient tracées à la fin de 2017.

En prévision des négociations sur un éventuel accord institutionnel entre la Suisse et l'Union européenne, la CdC a commandé deux rapports qui ont permis d'étayer la prise de position commune des cantons sur la question des aides d'État. Les cantons y soulignent que les règles et les principes matériels régissant les aides ne devront être définis que dans les accords sectoriels bilatéraux. Ils exigent aussi que la surveillance des aides d'État soit exclusivement assurée par une autorité suisse.

Le rapport Monitoring du fédéralisme 2014–2016 a montré que la vigilance est de mise face à la centralisation croissante et aux transferts de charges toujours plus nombreux. Les cantons souhaitent mettre un frein à l'excès d'influence exercée par la Confédération dans les domaines qui relèvent de leurs compétences et participer davantage aux projets fédéraux. – Si les principes du fédéralisme ne sont pas toujours suffisamment pris en compte, c'est certainement en raison d'une méconnaissance de sa nature et d'une difficulté à accepter les différences. Deux éléments qui ont été relevés dans le cadre de la 5^e Conférence nationale sur le fédéralisme, organisée en octobre 2017 par le canton de Vaud. La question centrale de la conférence « La Suisse sera-t-elle encore fédéraliste dans 50 ans ? » a abouti à la signature par les participants de la « Déclaration de Montreux » qui illustre un engagement fort pour le fédéralisme, pour un fédéralisme performant demain également.

L'année 2017 marque aussi la fin du mandat de Jean-Michel Cina à la tête de la CdC. Pendant ses trois ans de présidence, il a défendu sans relâche les intérêts des cantons à l'échelon intercantonal, toujours avec une grande sensibilité politique. Nous le remercions, de même que toutes celles et tous ceux qui se sont engagés en faveur des cantons et du fédéralisme. Bonne lecture.



Benedikt Würth, conseiller d'État
Président



Sandra Maissen
Secrétaire générale

avril 2018

01

1 Organisation

1.1 Assemblée plénière

L'organe suprême de décision de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est l'Assemblée plénière, qui se réunit quatre fois par an. Il appartient au gouvernement de chaque canton d'y déléguer l'un de ses membres et de régler les modalités de sa représentation au sein de la CdC.

Ont participé aux assemblées plénières en 2017 :

Canton	Représentation
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État
BE	Christoph Ammann, conseiller d'État Hans-Jürg Käser, conseiller d'État Christoph Neuhaus, conseiller d'État Pierre-Alain Schnegg, conseiller d'État
LU	Paul Winiker, conseiller d'État Reto Wyss, conseiller d'État
UR	Heidi Z'graggen, conseillère d'État
SZ	Kaspar Michel, conseiller d'État
OW	André Rüeegsegger, conseiller d'État
OW	Christoph Amstad, conseiller d'État
NW	Niklaus Bleiker, conseiller d'État
NW	Alfred Bossard, conseiller d'État Othmar Filliger, conseiller d'État
GL	Andrea Bettiga, conseiller d'État
ZG	Matthias Michel, conseiller d'État
FR	Olivier Curty, conseiller d'État
FR	Georges Godel, conseiller d'État
SO	Esther Gassler, conseillère d'État Brigit Wyss, conseillère d'État

BS	Elisabeth Ackermann, présidente de gouvernement
BL	Sabine Pegoraro, présidente de gouvernement
SH	Christian Amsler, conseiller d'État
AR	Marianne Koller-Bohl, conseillère d'État Köbi Frei, conseiller d'État
AI	Daniel Fässler, landammann
SG	Benedikt Würth, conseiller d'État
GR	Barbara Janom Steiner, présidente de gouvernement Martin Jäger, conseiller d'État
AG	Markus Dieth, conseiller d'État
TG	Cornelia Komposch, conseillère d'État Jakob Stark, conseiller d'État
TI	Paolo Beltraminelli, conseiller d'État
VD	Pascal Broulis, conseiller d'État
VS	Jean-Michel Cina, conseiller d'État Roberto Schmid, conseiller d'État
NE	Laurent Kurth, conseiller d'État Alain Ribaux, conseiller d'État
GE	François Longchamp, président de gouvernement
JU	Charles Juillard, ministre

1.2 Bureau

Le Bureau est l'organe exécutif de la CdC. Composé de dix conseillers d'État issus de toutes les régions, il prépare les dossiers de l'Assemblée plénière. Peuvent y siéger selon le règlement de la CdC du 20 mars 2009 la Suisse romande (deux sièges), la Suisse italienne et rhéto-romanche, la Suisse orientale, du Nord-Ouest et centrale ainsi que les cantons de Berne et de Zurich.

Ont participé aux séances du Bureau en 2017 :

Canton	Représentation
VS / CGSO	Jean-Michel Cina, conseiller d'État, président (jusqu'au 31 mars 2017)
SG / ORK	Benedikt Würth, conseiller d'État, président (à partir du 1 ^{er} avril 2017)
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'État, vice-président
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État
UR / ZRK	Heidi Z'graggen, conseillère d'État
GL / ORK	Andrea Bettiga, conseiller d'État
SO / NWRK	Esther Gassler, conseillère d'État (jusqu'au 30 juin 2017)
BS / NWRK	Elisabeth Ackermann, présidente de gouvernement (à partir du 1 ^{er} juillet 2017)
GR	Barbara Janom Steiner, présidente de gouvernement
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
NE / CGSO	Alain Ribaux, conseiller d'État (à partir du 1 ^{er} avril 2017)
GE / CGSO	François Longchamp, président de gouvernement

1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes, la CdC compte un grand nombre de commissions et de groupes de travail chargés de dossiers ou de mandats spécifiques. Leur composition est détaillée dans l'annexe 2. La liste des délégations de la CdC au sein d'organes ou de groupes de travail nationaux ou internationaux se trouve dans l'annexe 3.

1.4 Secrétariat

En vertu de la convention sur la Conférence des gouvernements cantonaux, la CdC compte un secrétariat permanent dont la gestion a été confiée, lors de l'assemblée constituante, à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, qui avait joué un rôle prépondérant dans sa création. C'est donc la Fondation ch qui gère le Secrétariat de la CdC et sa directrice, Sandra Maissen, est aussi secrétaire générale de la CdC.

Fin 2017, le Secrétariat CdC emploie 27 collaborateurs (19,9 équivalents plein temps) : 24 personnes travaillent à la Maison des cantons à Berne et trois autres représentent la CdC auprès de l'administration fédérale (Direction des affaires européennes (DAE), Département fédéral de justice et police (DFJP), Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles). Suite au transfert, en août 2017, du siège de la Fondation ch de Soleure à Berne, les collaborateurs du secrétariat de la Fondation ch travaillent désormais à la Maison des cantons (chef des Services généraux, états-majors Personnel et Finances). Les collaborateurs des Services généraux travaillent pour le Secrétariat CdC, pour l'exploitation de la MdC et pour la Fondation ch.

L'organigramme de la CdC se trouve dans l'annexe 1 du rapport.

Effectif au 31 décembre 2017

Direction

- Sandra Maissen, secrétaire générale
- Mariel Baumann, collaboratrice personnelle de la secrétaire générale

Finances / Personnel / Informatique

- Monika Zanon, cheffe de service
- Rosmarie Bäumlér, spécialiste Finances
- Daniel Bühler, informaticien
- Helene Leuenberger, spécialiste RH

Services généraux / Exploitation de la Maison des cantons

- Roberto Induni, chef de service
- Pia Baumgartner, collaboratrice Secrétariat CdC/MdC
- Christine Bonvin, traductrice
- Aline Defuns, responsable Accueil CdC/MdC
- Manuela Furrer, responsable Secrétariat CdC/MdC
- Massimo Oberti, traducteur
- Stagiaire Accueil MdC
- Pascale Prisset, responsable du Service linguistique

Affaire extérieures CdC

- Roland Mayer, chef de service, secrétaire général suppléant
- Monika Tschumi, chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE, suppléante du chef de service
- Luca Gobbo, collaborateur scientifique, suppléant de la chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE
- Roland Krimm, chargé d'information des cantons à la Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles
- Hanspeter Pfenninger, coordinateur Schengen/Dublin
- Dea Rolih, collaboratrice scientifique

Affaires intérieures / Coordination CdC

- Thomas Minger, chef de service
- Nicole Gysin, chargée de communication CdC, suppléante du chef de service
- Mariel Baumann, collaboratrice scientifique
- Nadine Eckert, collaboratrice scientifique
- Christian Gobat, responsable RPT
- Coralie Menétrey, stagiaire scientifique
- Carolina Schärler, collaboratrice scientifique
- Christine Winkelmann, collaboratrice scientifique

Années de service

Beatrice Müller (responsable Personnel jusqu'au 31 juillet 2017), 25 ans

Roland Krimm, 15 ans

02

2 Activités

2.1 Axes prioritaires

2.1.1 Généralités

Planification des dossiers CdC

La planification des dossiers CdC repose sur deux axes stratégiques : (1) focalisation sur les dossiers prioritaires, (2) efficacité de l'action. La focalisation sur certains dossiers implique de définir chaque année des catégories et d'établir des priorités. L'évaluation de la planification 2017 a confirmé la justesse de la priorité accordée aux dossiers A (politique européenne et immigration, réexamen de la répartition des tâches Confédération – cantons, optimisation de la péréquation financière Confédération – cantons, développement du fédéralisme) et montré que les cantons sont parvenus à faire entendre leur voix sur ces questions. Le 10 novembre, le Bureau a approuvé la planification des dossiers pour l'exercice 2018.

Afin d'assurer la pertinence des activités de communication, il a été décidé d'en optimiser la forme et de cibler davantage les actions mises en œuvre. L'efficacité dépend aussi de l'audience accordée aux cantons dans la défense proactive des dossiers prioritaires.

Rapport Monitoring du fédéralisme 2014-2016

Développer et moderniser le fédéralisme constitue l'un des objectifs prioritaires de la Fondation ch pour la collaboration confédérale. Depuis 2005, le Secrétariat CdC procède chaque année à un monitoring du fédéralisme sur mandat de la Fondation ch. Le rapport de monitoring 2011-2013 a été le premier à dresser un état de la situation sur plusieurs années. Lors de l'Assemblée plénière CdC du 30 juin 2017, le rapport Monitoring du fédéralisme 2014-2016 a été adopté, avant d'être publié et présenté au public dans le cadre d'une conférence de presse le 6 juillet à la Maison des cantons. Les tendances et les défis constatés au cours des années précédentes se sont confirmés pendant la période 2014-2016. On note par exemple que l'association des cantons à l'activité législative de la Confédération peut encore être améliorée et que la tendance à la centralisation ne faiblit pas. Parmi les autres thèmes abordés : la sollicitation croissante des cantons pour la mise en œuvre du droit fédéral, le transfert de charges s'opérant au détriment des

cantons, l'augmentation de la densité normative ainsi que la possibilité limitée pour le Tribunal fédéral de contrôler le respect des principes constitutionnels. Il subsiste une méconnaissance du fédéralisme, ce qui explique que ses principes ne sont pas toujours bien pris en compte. Des mesures ont à nouveau été proposées dans le but de le promouvoir et de le renforcer.

Suite à l'élaboration du rapport Monitoring du fédéralisme 2014-2016, il a été décidé d'en remanier le concept de sorte que les informations fournies soient mieux mises à profit pour le travail politique quotidien et la communication. Des outils d'enquête et d'analyse seront désormais utilisés pour recueillir et traiter les données, et ce afin d'établir un rapport qui soit plus parlant. De plus, il est prévu de remplacer les relevés annuels par un système préventif d'alerte (« tableau de bord du fédéralisme »), qui doit permettre de lancer rapidement des mesures visant à préserver les intérêts des cantons dans les dossiers fédéraux pertinents sous l'angle du fédéralisme. Les grandes lignes de ce nouveau concept ont été approuvées le 30 novembre par le Comité directeur de la Fondation ch. Le Secrétariat CdC a été chargé d'élaborer un concept détaillé.

Conférence nationale sur le fédéralisme 2017

Organisée par le canton de Vaud, à la demande du Conseil fédéral, du Conseil des États et de la CdC, la cinquième Conférence nationale sur le fédéralisme s'est tenue à Montreux les 26 et 27 octobre. Les exposés d'une cinquantaine d'intervenants et les discussions, en plénum ou dans le cadre d'ateliers, ont convaincu par la pluralité des opinions exprimées. La conférence a accueilli un débat fructueux et intéressant à plus d'un titre sur le fédéralisme, ses enjeux et ses perspectives. Le succès est incontestable ; ainsi, plus de 400 personnes ont fait le déplacement à Montreux, ce qui est aussi le mérite d'une parfaite organisation.

La « Déclaration de Montreux », signée par la plupart des participants, est la réponse collective à la question traitée tout au long de la conférence : « La Suisse sera-t-elle encore fédéraliste dans 50 ans ? ». Cette réalisation a une valeur hautement symbolique et illustre un engagement fort pour le fédéralisme, qui façonne la Suisse d'aujourd'hui et de demain. Nombre d'intervenants l'ont confirmé, implicitement ou explicitement : la Suisse n'a pas vraiment d'autre alternative que le fédéralisme.



Signature de la « Déclaration du Montreux » le 27 octobre 2017. Laurent Wehrli, syndic de Montreux, Ivo Bischofberger, président du Conseil des États, Simonetta Sommaruga, conseillère fédérale et Pascal Broulis, conseiller d'État et président de la Fondation ch (de gauche à droite) (© Jean-Bernard Sieber/ARC)

Communication CdC

Afin de mieux soutenir la communication des gouvernements cantonaux au niveau intercantonal, un projet pilote d'état-major Communication, rattaché au Secrétariat CdC, a été lancé en 2015. La phase pilote a été évaluée à l'été 2017 et un rapport a été soumis au Bureau et à l'Assemblée plénière au second semestre. Il ressort de l'évaluation que les activités de communication des cantons ont nettement progressé grâce à la création de l'état-major Communication, à l'élaboration d'une planification et à la mise en œuvre de mesures de communication concrètes. Fort de ce constat, le Bureau a chargé le Secrétariat CdC de revoir le concept de communication CdC afin de renforcer davantage le positionnement des cantons dans le contexte de la politique et des médias. Par ailleurs, une réflexion doit être menée conjointement avec les conférences des directeurs sur la façon de mieux tirer parti du potentiel que recèle la Maison des cantons en terme de communication. D'un point de vue opérationnel, les activités de communication de la CdC ont connu une amélioration ponctuelle. L'état-major, qui avait initialement un statut pilote, sera entériné en 2018.

Au total, cinq newsletters sont parues cette année, soit une à l'issue de chaque Assemblée plénière et une consacrée à la publication de l'étude « Fédéralisme et compétitivité en Suisse ». L'optimisation de la péréquation financière, la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. par voie d'ordonnance, la politique européenne, ainsi que les coûts de l'intégration des réfugiés reconnus et des personnes admises à titre provisoire figuraient parmi les thèmes abordés. En outre, l'état-major Communication a organisé des conférences de presse sur les thèmes suivants : réforme de l'imposition des entreprises RIE III, optimisation de la péréquation financière, rapport Monitoring du fédéralisme 2014-2016, étude « Fédéralisme et compétitivité en Suisse » (récapitulatif à l'annexe 4).

Pour mieux faire connaître les activités et le mode de fonctionnement de la coopération intercantonale, et en particulier de la CdC, le Secrétariat CdC a organisé le 15 septembre une rencontre d'une demi-journée avec les nouveaux élus des gouvernements cantonaux. Les responsables cantonaux des affaires extérieures ont par ailleurs été reçus pour la première fois le 16 novembre pour un échange à la Maison des cantons.

2.1.2 *Politique extérieure*

Politique européenne : coordination et questions institutionnelles

Pendant l'année, les organes CdC ont été régulièrement informés de l'avancement des négociations d'un accord institutionnel, du Dialogue Europe et d'autres développements importants. En outre, la CdC a longuement étudié la question des aides d'État dans ses relations avec l'UE. En possession des rapports de deux experts externes, le Bureau a remis un projet de prise de position aux gouvernements cantonaux ; l'Assemblée plénière du 22 décembre a longuement débattu des commentaires de ces derniers, avant de charger le président CdC d'exposer au Conseil fédéral les réflexions des cantons.

2.1.3 *Politique intérieure*

Coûts de l'intégration des AP/R : Agenda Intégration Suisse

Le 3 mars, les présidents CdC, CDIP et CDAS ont présenté à la cheffe du DFJP et au chef du DEFR les résultats des relevés effectués auprès des cantons en 2016 afin d'évaluer leurs besoins financiers pour intégrer, héberger et encadrer les personnes du domaine de l'asile et préparer les adolescents et les jeunes adultes arrivés tardivement en Suisse à une formation qui ouvre la voie à un diplôme du secondaire II. Par la suite, la Confédération et les cantons ont convenu

d'une approche commune – l'Agenda Intégration Suisse – afin de renforcer l'encouragement de l'intégration, de permettre aux adolescents et aux jeunes adultes arrivés tardivement d'accéder à une formation et d'intensifier les mesures d'intégration destinées aux réfugiés reconnus et aux personnes admises provisoirement.

Au cours des mois qui ont suivi, de nombreuses réunions techniques et d'intenses discussions politiques entre la Confédération et les cantons ont permis de définir les contours de l'Agenda et de convenir des objectifs, des contenus et des modalités de financement. Fin 2017, les partenaires étaient d'accord sur la quasi-totalité des points, exception faite du financement. La Confédération et les cantons ont convenu d'y apporter une solution dans le courant du premier trimestre 2018.

Réexamen de la répartition des tâches Confédération – cantons

La CdC a décidé en 2015 de lancer le projet « réexamen de la répartition des tâches Confédération – cantons » et a entamé d'importants travaux de fond. Pendant l'été 2016, l'Assemblée plénière a adopté à l'unanimité une prise de position commune, dans laquelle les gouvernements cantonaux rappellent qu'il faut mettre un frein aux nouveaux enchevêtrements. Seule une répartition des tâches respectueuse des principes de la RPT permettra d'augmenter la marge de manœuvre des deux échelons de l'État. Les domaines retenus par les cantons sont ceux des affaires sociales, de la santé, de l'éducation et des transports.

Sur la base des travaux des cantons, l'Administration fédérale a établi un projet de rapport en réponse à la motion « Séparation des tâches entre la Confédération et les cantons » (13.3363), qui a été mis en consultation auprès des gouvernements cantonaux et des conférences des directeurs à l'automne 2017. Le 10 novembre 2017, le Bureau CdC a discuté des résultats de la consultation et décidé que cette question serait approfondie dans le cadre du colloque présidentiel des 26 et 27 janvier 2018.

Durant l'année sous revue, la Confédération et les cantons se sont réunis à plusieurs reprises, tant à l'échelon technique que politique, pour débattre de la manière de désenchevêtrer les tâches dans des domaines politiques préalablement définis. Le Conseil fédéral s'est déclaré prêt, sur le principe, à discuter avec les cantons d'un projet « Répartition des tâches 2 ».

Péréquation financière Confédération – cantons

Fin 2016, le groupe de travail politique créé par la CdC et mené par Franz Marty, ancien directeur des finances du canton de Schwyz, a présenté son rapport final sur l'optimisation de la péréquation financière. Réunis en Assemblée plénière le 17 mars 2017, les gouvernements cantonaux ont adopté la proposition du rapport final en tant que paramètres de référence d'un paquet global, laquelle prévoyait de modifier les règles de dotation de la péréquation des ressources. Le nouveau critère de pilotage serait une dotation minimale de 86,5 % de la moyenne suisse, fixée légalement et garantie au canton dont le potentiel de ressources est le plus faible. Le montant compensatoire serait alors calculé chaque année en fonction de ce critère. Une période de transition de 3 ans est proposée afin d'atténuer les effets du passage du modèle actuel au modèle proposé. Le Bureau a été chargé de présenter au Conseil fédéral la position de la CdC et de proposer une révision de la loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges. Le 6 septembre 2017, le Conseil fédéral est entré en matière sur la proposition de la CdC et a décidé de constituer un groupe de travail politique « Tâches et finances Confédération – cantons ». Ce groupe, présidé par Ueli Maurer, doit notamment se pencher sur la question des fonds fédéraux libérés dans le cadre de l'optimisation de la péréquation financière. Il doit en outre évaluer les résultats de la consultation sur le 3^e rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière et discuter du projet de répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. La première séance s'est tenue fin 2017.

À l'automne 2017, le Groupe technique de la Confédération chargé du rapport d'évaluation a terminé ses travaux en lien avec l'élaboration du 3^e rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière. Ce rapport expose le degré de réalisation des buts de la péréquation financière durant la période 2016-2019 et propose des mesures d'adaptation du système péréquatif. Les commentaires du rapport relatif aux propositions de la CdC correspondent à la position du Conseil fédéral arrêtée le 6 septembre. Le rapport sera mis en consultation auprès des cantons au printemps 2018.

Cyberadministration / numérisation : lignes directrices des cantons

Consciente des enjeux de la cyberadministration et de la numérisation, la Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo) a organisé, à l'automne 2017, une formation continue consacrée à la « Suisse numérique ». Le chef du DFF et le président CdC se sont eux aussi entretenus plusieurs fois de la numérisation et du développement de la cyberadministration en Suisse. Ces entretiens ont permis de constater un manque de dynamisme et la nécessité d'améliorer l'organisation au niveau institutionnel.

Le 10 novembre, le Bureau a décidé d'inscrire la cyberadministration et la numérisation sur la liste des dossiers prioritaires que la CdC traitera en 2018. La décision a été confirmée le 22 décembre par l'Assemblée plénière, l'objectif étant de doter les cantons de lignes directrices communes. Un projet auquel participeront des représentants cantonaux des échelons politiques et techniques devrait être lancé au premier trimestre 2018. Après la consultation auprès des cantons, la CdC pourrait adopter les lignes directrices à l'automne 2018. Le processus (contenu et calendrier) sera calqué sur le processus de mise au point de la Stratégie suisse de cyberadministration.

2.1.4 Prises de position

Pour être adoptées, les prises de position de la CdC requièrent une majorité qualifiée de voix de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons à prendre position individuellement est garanti.

Prises de position dans le cadre de consultations concernant des actes législatifs importants (selon art. 147 Cst.)

Modification de l'ordonnance sur l'intégration des étrangers et de l'ordonnance 2 sur l'asile

Réunis en Assemblée plénière le 30 juin, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position sur les modifications de l'ordonnance sur l'intégration des étrangers (OIE) et de l'ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA 2). Les cantons se félicitent de la volonté du Conseil fédéral de supprimer les entraves administratives à un accès au marché du travail des personnes relevant du domaine de l'asile et de mieux mettre à profit le potentiel de main-d'œuvre nationale. Ils plébiscitent tout particulièrement la suppression de la taxe spéciale pour l'embauche de personnes relevant du domaine de l'asile au sens de l'OA 2.

Modification de la loi sur l'AVS (modernisation de la surveillance dans le 1^{er} pilier et optimisation dans le 2^e pilier)

Le 30 juin, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position sur la modification de la loi sur l'AVS qui prévoit de moderniser la surveillance dans le 1^{er} pilier et de l'optimiser dans le 2^e pilier. Les cantons sont opposés à la proposition du Conseil fédéral d'optimiser la surveillance du 2^e pilier (art. 61, al. 3 LPP) qui constituerait une ingérence inutile dans leur autonomie d'organisation. Ils souhaitent continuer de décider des questions liées au fonctionnement de la surveillance. La réglementation actuelle garantit l'indépendance de la surveillance et il n'existe aucun conflit d'intérêts. Il n'y a donc aucune raison de prendre des mesures dans ce secteur.

Mise en œuvre de l'art. 121a Cst. : modifications de l'ordonnance (gestion de l'immigration)

Le 16 décembre 2016, les Chambres fédérales ont statué sur la compatibilité de l'art. 121a Cst. avec l'ALCP ; les cantons ont ensuite été associés, durant le premier trimestre 2017, aux travaux de la Confédération sur la mise en œuvre de ces décisions par voie d'ordonnance. Après l'ouverture de la consultation sur les ordonnances de mise en œuvre de l'art. 121a Cst. et de la loi révisée sur les étrangers, les secrétariats CdC, CDEP, CCDJP et CDAS ont préparé un projet de prise de position commune des cantons, qui a été adopté par l'Assemblée plénière CdC le 29 septembre.

Le Conseil fédéral a approuvé l'ordonnance correspondante le 8 décembre. Les préoccupations des cantons ont été entendues et une entrée en vigueur échelonnée de l'obligation de communiquer les postes vacants est prévue. La question des contrôles par les cantons et de leur financement reste à éclaircir.

Loi sur l'octroi d'une subvention à l'institution nationale des droits de l'homme

Réunis en Assemblée plénière le 29 septembre, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur la décision du Conseil fédéral de créer une institution nationale des droits de l'homme (INDH). Sans minimiser l'importance de la défense des droits de l'homme, les cantons ont insisté sur le fait que la future INDH devrait satisfaire aux réalités de la Suisse et formellement refusé que des tâches de l'État soient déléguées à la future institution. Celle-ci devra avant tout servir à fournir des prestations.

Projet fiscal 17

Lors de l'Assemblée plénière du 22 décembre, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune concernant le Projet fiscal 17 (PF 17). Les cantons soutiennent le projet du Conseil fédéral mis en consultation. En effet, il est urgent de réformer le droit suisse de l'imposition des entreprises pour garantir la compétitivité en termes de charge fiscale et rétablir l'acceptation de la fiscalité suisse sur la scène internationale. Les entreprises ont besoin de sécurité juridique et de planification. Les gouvernements cantonaux adhèrent aux propositions de modification énoncées par la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances (CDF) et demandent que la part cantonale à l'impôt fédéral direct passe à 21,2 %. Ce n'est qu'à cette condition que les cantons auront une marge de manœuvre suffisante pour préserver l'attrait de leur site économique et tenir compte des effets que le PF 17 aura pour les communes.

Prises de position dans le cadre de la participation au processus de décision sur le plan fédéral (art. 45 Cst.)

Options de contre-projet direct à l'initiative populaire RASA

Le 1^{er} février, le Conseil fédéral a lancé une procédure de consultation sur deux options de contre-projet direct à l'initiative RASA. Dans leur prise de position adoptée en Assemblée plénière du 17 mars, les gouvernements cantonaux ont estimé que les variantes proposées n'étaient pas convaincantes et les ont rejetées.

Projet d'examen périodique universel de l'ONU

Réunis en Assemblée plénière le 17 mars, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position sur le projet de rapport du Conseil fédéral relatif au troisième examen périodique universel (EPU) dans laquelle ils font observer que la situation des droits de l'homme en Suisse peut être qualifiée de bonne. L'examen par le Conseil de l'ONU a eu lieu le 10 novembre ; à cette occasion, le président du Conseil d'État de Genève, François Longchamp, a représenté les cantons au sein de la délégation suisse.

Initiative No Billag

Après avoir recommandé de rejeter l'initiative populaire « Oui à la suppression des redevances radio et télévision » (initiative No Billag), l'Assemblée plénière du 22 décembre a décidé d'organiser une information officielle reflétant le point de vue des cantons. La CdC et la Conférence des chefs des départements cantonaux de l'économie publique (CDEP), responsable de ce dossier, ont rédigé un argumentaire qu'elles ont adressé, début 2018, aux gouvernements cantonaux. Les cantons se sont prononcés contre l'initiative qui aurait signifié une remise en question fondamentale du paysage médiatique suisse : l'offre destinée aux minorités linguistiques romande, italophone et rhéto-romane, de même

qu'aux régions périphériques et aux régions de montagne aurait été menacée, de même que le service public des médias électroniques. Les programmes d'information, dont la pluralité et l'indépendance ne sont plus à démontrer, auraient pu disparaître alors qu'ils sont indispensables à la formation de l'opinion et au processus de décision, ainsi qu'à la cohésion et à la diversité culturelle de la Suisse.

Prises de position dans le cadre de la participation des cantons aux décisions de politique extérieure (art. 55 Cst.)

Mandat de négociation pour un accord de libre-échange entre les États de l'AELE et les États du MERCOSUR

Réunis en Assemblée plénière le 17 mars, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position consolidée sur le mandat de négociation pour un accord de libre-échange entre les États de l'AELE et les États du MERCOSUR.

2.1.5 Collaboration Confédération – cantons

Dialogue confédéral Confédération – cantons

Deux fois par an, des délégations du Conseil fédéral et de la CdC se rencontrent dans le cadre d'un Dialogue confédéral. Les rencontres sont l'occasion d'échanges d'informations et de vues sur des thèmes importants touchant aux questions de coopération et au fédéralisme. En 2017, le Dialogue confédéral a eu lieu les 17 mars et 10 novembre. Les principaux points à l'ordre du jour étaient les relations Suisse – UE (mise en œuvre de l'art. 121a Cst. et questions institutionnelles), l'information officielle avant les votations populaires, l'optimisation de la péréquation financière, le réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, les coûts de l'intégration des AP/R dans les cantons et l'Agenda Intégration, le Projet fiscal 17, les coûts de la santé ainsi que le monitoring du fédéralisme (analyse 2014-2016).

Dialogue Europe

Les délégations de la Confédération et des cantons se sont réunies les 26 janvier, 23 mars, 8 mai, 9 juin, 5 juillet, 16 août, 19 octobre et 15 décembre. Parmi les thèmes majeurs abordés pendant ces rencontres, la mise en œuvre de l'art. 121a Cst., les négociations autour d'un accord institutionnel Suisse – UE, ainsi que le Brexit et ses conséquences pour la Suisse.

Stammtisch des cantons

La CdC organise un « Stammtisch des cantons » le lundi soir de la deuxième semaine de la session des Chambres, ceci afin d'entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et d'intensifier les échanges de vues. Des représentants du Bureau de la CdC et des membres des gouvernements cantonaux y rencontrent des membres du Conseil des États et d'anciens membres de gouvernement siégeant au Conseil national. Chacun de ces rendez-vous est consacré à un sujet d'actualité. Les quatre réunions qui ont eu lieu pendant les sessions des Chambres fédérales ont permis d'aborder la réforme des prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI, l'assurance obligatoire contre les risques de tremblements de terre, les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte, les alternatives au financement uniforme des prestations ambulatoires et stationnaires, la révision partielle de la LAMal concernant l'admission des fournisseurs de prestations, le Projet fiscal 17 et la modification du statut des étrangers admis provisoirement.

Rencontre avec le Bureau du Conseil des États

Ce forum qui réunit deux fois par an le Bureau du Conseil des États et le Bureau de la CdC aborde des sujets politiques d'actualité ou des questions de collaboration entre les deux organes. Outre les questions générales ayant trait à leur collaboration, les Bureaux CdE et CdC ont débattu le 3 février et le 1^{er} septembre des sujets suivants : politique européenne (mise en œuvre de l'art. 121a Cst. et questions institutionnelles), coûts de l'intégration des AP/R dans les cantons et Agenda Intégration, optimisation de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons, mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, association précoce des cantons aux projets législatifs du Parlement, Projet fiscal 17 et Monitoring du fédéralisme (analyse 2014-2016).

2.1.6 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs

Institués en 2010 par la CdC, les colloques politiques réunissent les présidences des conférences des directeurs et de la CdC. Le colloque des 20 et 21 janvier a été l'occasion de débattre des priorités de travail actuelles dans des domaines politiques d'intérêt général et des thématiques communes : 1) coûts d'intégration des AP/R et coûts d'hébergement et d'encadrement des MNA, 2) examen de la répartition des tâches Confédération – cantons, 3) politique européenne et immigration et 4) aménagement du territoire. Il a également été question de la collaboration entre les conférences et de sujets spécifiques comme la cybercriminalité. La séance des présidents, qui s'est tenue le 4 septembre, a notamment été consacrée aux sujets suivants : 1) politique européenne et immigration 2) examen de la répartition des tâches Confédération – cantons, 3) Agenda Intégration Suisse, ainsi que divers thèmes d'intérêt général.

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales : coordination, divers

La Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo), dont le secrétariat est géré par la CdC, a pour vocation d'assurer, entre les conférences intercantionales, la coordination des tâches de suivi des affaires fédérales, ainsi que de favoriser la collaboration et l'échange d'informations.

Lors des quatre séances qui ont eu lieu en 2017, la CoSeCo a désigné les conférences responsables et intéressées pour les nouveaux projets de la Confédération lancés en 2017. Elle a également discuté des objets mis en votation populaire en 2017. De plus, la CoSeCo a eu la possibilité de faire part de ses commentaires sur les projets de mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, d'application par la Suisse de l'Agenda 2030 pour le développement durable, de réforme du concept d'information officielle et de réalisation et d'exploitation d'une nouvelle base de données pour effectuer le monitoring des projets fédéraux et cantonaux (Mocca). Enfin, la CoSeCo a défini les lignes directrices des mesures visant à mieux utiliser le potentiel de communication de la Maison des cantons, et a finalisé le concept d'organisation de la manifestation qui sera organisée, le 10 septembre 2018, pour fêter les 10 ans de la Maison des cantons. À l'automne 2017, la CoSeCo a organisé une formation sur la numérisation, qui a été l'occasion de discuter des besoins de suivi des projets de numérisation lancés par les cantons.

Conférences gouvernementales régionales

Les représentants des secrétariats des conférences gouvernementales régionales et du secrétariat de la Conférence des gouvernements de l'espace métropolitain zurichois se sont retrouvés le 12 mai et le 17 novembre 2017, en présence de la secrétaire générale de la CdC. Ces séances ont été l'occasion d'avoir un échange d'informations sur les principales activités et les projets les plus importants des conférences gouvernementales régionales. La CdC a présenté les projets de la Confédération ayant les plus forts enjeux pour les cantons et communiqué des informations sur les projets de collaboration intercantonale.



Réunion de printemps de la Conférence des chanceliers d'État, 20 et 21 avril 2017 à Coire.

2.2 Autres activités

2.2.1 Généralités

Information officielle : actualisation du concept

Le 14 décembre 2016, le Tribunal fédéral a rendu une décision de principe interdisant aux gouvernements cantonaux et aux conférences intercantionales d'intervenir préalablement aux scrutins fédéraux s'ils ne peuvent pas prouver qu'ils sont davantage concernés que d'autres cantons. Par cette décision, le TF établit rigoureusement la même pratique au niveau cantonal qu'au niveau communal. Dans le cadre de la votation sur la RIE III, trois recours ont été interjetés contre la CDF, la CDEP et la CdC pour violation du droit de vote. Lors de son jugement du 30 mars 2017, le Tribunal fédéral n'est pas entré en matière sur les trois recours, en l'absence d'intérêt juridiquement protégé et vu le résultat clair du scrutin. Partant, il ne s'est pas prononcé sur l'opportunité, on non, d'éventuelles interventions en amont de scrutins.

En 2013, la CdC s'était déjà penchée sur la question de l'information officielle et avait élaboré un concept, assorti de recommandations. Compte tenu des constats tirés des recours déposés pour violation du droit de vote, le concept a été réexaminé afin d'y apporter les modifications et précisions nécessaires. La nouvelle version a été mise en consultation auprès du Bureau CdC et des conférences des directeurs, puis approuvée par l'Assemblée plénière du 22 décembre 2017. Suite à cela, elle a été mise à la libre disposition des conférences.

Solution de monitoring pour les conférences et les cantons

La solution de monitoring des objets fédéraux pour les conférences et les cantons (Mocca) a été mise en service en avril 2017. Un sondage sur l'utilisation de ce nouvel instrument par les conférences et les cantons met en lumière une grande diversité d'attentes. Cette année, il est prévu d'évaluer les prestations du projet et d'élaborer un processus de développement du système.

Forum des fédérations

La Suisse soutient le Forum des fédérations (FoF) depuis sa création en 1999 en déléguant des spécialistes et en participant aux rencontres. En 2005, elle est devenue formellement un État partenaire du FoF et est actuellement représentée au sein du Comité par l'ancien conseiller d'État et ancien président du Conseil des États Hans Altherr. La secrétaire générale de la CdC, un représentant de la Direction du développement et de la coopération (DDC) et un représentant de l'Office fédéral de la justice (OFJ) siègent par ailleurs au Conseil stratégique consultatif. Trois accords régissaient les relations entre la Suisse et le FoF pour les années 2013 à 2017, comprenant des contributions financières de la CdC, de la DDC et de l'OFJ. Tous trois ont été prolongés. La CdC et le FoF ont conclu un nouvel accord pour les années 2017 à 2020, qui prévoit une contribution financière annuelle de 50 000 francs, sous réserve de l'acceptation du budget CdC par les gouvernements cantonaux.

Délégations en visite

La CdC reçoit chaque année des délégations suisses et étrangères intéressées par le fédéralisme, le système politique helvétique ou la péréquation financière. Voici les délégations accueillies en 2017 à la Maison des cantons :

Date	Délégation / pays
26.01.2017	Dialogue bilatéral Cuba-Suisse
27.04.2017	Étudiants de l'Université de Berne (cours sur la politique suisse)
05.05.2017	Éthiopie
05.05.2017	Collaborateurs de l'Agence télégraphique suisse (ATS)
14.06.2017	M. Santarelli, professeur à Buenos Aires
24.11.2017	Commission des affaires extérieures du Grand Conseil fribourgeois
30.11.2017	Autriche
07.12.2017	Collaborateurs et assistants de parlementaires français

Rapport financier sur les conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

La Fondation ch pour la collaboration confédérale établit chaque année un rapport contenant des informations sur les aspects financiers (charges et recettes) et structurels (effectifs) de la CdC et des conférences des directeurs. Le rapport financier 2016 a été présenté à l'Assemblée plénière de la CdC du 22 décembre 2017, qui en a pris connaissance. Ensuite, ce rapport a été transmis à toutes les conférences des directeurs. Le rapport 2016 fait ressortir une diminution des charges et des revenus des conférences des directeurs entre 2015 et 2016.

2.2.2 Politique extérieure

Politique européenne

Comme les années précédentes, des représentants des divers groupes de travail de l'organisation d'accompagnement de la CdC ont participé aux séances des comités mixtes dans les domaines Libre circulation des personnes, Marchés publics, ainsi que Transports terrestres et Transport aérien. Par ailleurs, l'organisation d'accompagnement de la CdC a poursuivi son travail d'observation générale et d'analyse du développement des accords sectoriels entre la Suisse et l'UE.

Enfin, des représentants du Secrétariat CdC ont pris part aux négociations avec l'UE sur un accord institutionnel.

Brexit

Lors du référendum consultatif du 23 juin 2016, les Britanniques ont choisi de quitter l'Union européenne ; la date de retrait a été fixée au 29 mars 2019. Dans cette perspective, le Conseil fédéral entend garantir et étendre, le cas échéant, les droits et les obligations réciproques qui lient la Suisse au Royaume-Uni une fois que celui-ci sera sorti de l'UE (stratégie « *Mind the gap* »). Au niveau politique, les représentants de la CdC ont été informés de l'avancement du dossier lors des rencontres du Dialogue Europe, tandis qu'au niveau technique, l'information des représentants des cantons est passée par la Direction des affaires européennes (DAE) de la Confédération.

Initiative pour l'autodétermination

L'initiative populaire « Le droit suisse au lieu de juges étrangers » (initiative pour l'autodétermination) a été déposée le 12 août 2016. Elle vise à établir la primauté du droit constitutionnel suisse sur le droit international, et elle estime que le peuple et les cantons doivent décider du droit suisse. Par ailleurs, des règles de primauté formulées expressément dans la Constitution doivent empêcher que la souveraineté de la Suisse ne passe insidieusement dans les mains de l'UE. Le droit international impératif serait exclu de ces règles de primauté. Les accords contraires à la Constitution devraient être adaptés et, si nécessaire, dénoncés.

Le 5 juillet 2017, le Conseil fédéral a approuvé le message sur l'initiative pour l'autodétermination. Cette initiative pourrait avoir des conséquences majeures pour la crédibilité de la Suisse dans le monde et compromettre sérieusement la signature de nouveaux accords avec l'UE ou celle d'accords de libre-échange. Par conséquent, l'Assemblée plénière du 29 septembre 2017 a décidé qu'elle adopterait une prise de position commune en temps utile.

AELE

Pendant l'année sous revue, le groupe de travail Services de la CdC a observé les efforts accrus déployés par la Confédération en vue de la conclusion d'accords de libre-échange, et de l'actualisation et du développement d'accords existants avec des États tiers hors UE (de type bilatéral ou intervenant dans le cadre de l'AELE). Des représentants des cantons ont en outre participé aux séances du Forum régional AELE en tant qu'observateurs.

OMC/AGCS

En 2017, le Secrétariat CdC a continué d'observer les avancées dans le cadre des négociations de l'OMC en cours.

Réorganisation de l'organisation d'accompagnement Schengen/Dublin

Décidée en 2016, la réorganisation de l'organisation d'accompagnement intercantonale Schengen/Dublin (OASD) de la CdC a été formellement achevée en fin d'année, avec les nominations d'experts cantonaux au sein des pools d'experts Coopération policière, Migration/asile, Frontières, Coopération judiciaire et Protection des données.

Comme les années précédentes, les représentants politiques et les experts de l'OASD ont participé, aux côtés de la Confédération, aux réunions des comités mixtes et des groupes de travail de l'UE dédiés au développement normatif de Schengen/Dublin. Les travaux ont surtout porté sur les mesures politiques et les travaux législatifs de l'UE visant à renforcer les frontières extérieures et la sécurité intérieure, ainsi que sur l'asile et les migrations.

Schengen / Dublin : protection des données

Cette année, le groupe de travail Protection des données de l'Organisation d'accompagnement à Schengen/Dublin (OASD) a suivi les évolutions au sein de l'UE, placées sous le signe de la Réforme européenne de la protection des données entrée en vigueur en 2016. Dans un rapport, le groupe de travail a mis en lumière, fin 2016/début 2017, les domaines relevant de Schengen concernés par la révision européenne de la protection des données qui nécessitent une adaptation de la législation cantonale.

L'année a également été marquée par la préparation à l'évaluation Schengen/Dublin de la Suisse, qui sera menée en 2018 par des experts de la Commission européenne et des pays membres de l'UE. La CdC a accompagné les travaux préparatoires formels (évaluation écrite) et l'organisation des visites dans les cantons, en particulier pour ce qui a trait à la protection des données.

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux de l'Europe

En janvier, une délégation du Congrès des pouvoirs locaux et régionaux de l'Europe (CPLRE) est venue en Suisse afin de contrôler l'avancement de la mise en œuvre de la Charte européenne de l'autonomie locale. À cette occasion, une rencontre a été organisée entre la délégation suisse au sein du CPLRE, la délégation de monitoring et plusieurs représentants du Secrétariat CdC. Le rapport résultant de cette visite a été adopté lors de la 33^e session du CPLRE, qui a eu lieu à Strasbourg en octobre.

Lutte contre la corruption

Fin 2016, dans le cadre de la phase 4 du suivi des pays de la Convention OCDE sur la lutte contre la corruption d'agents publics étrangers dans les transactions commerciales internationales, le Secrétariat d'État à l'économie (SECO) a demandé aux cantons de se prononcer sur l'avancement du dossier. Le Secrétariat CdC a coordonné la consultation des cantons et a transmis les réponses consolidées au SECO. Le rapport sur l'avancement de la mise en œuvre a été remis en juin à l'OCDE, laquelle a envoyé en septembre une délégation en Suisse.

Agenda 2030

Le 25 septembre 2015, la communauté internationale a adopté l'Agenda 2030 pour le développement durable. En 2018, le Conseil fédéral présentera à l'organe compétent des Nations Unies un rapport portant spécifiquement sur la situation suisse. La CdC a donc été chargée par les Conférences des directeurs de se pencher sur la question cette année. En effet, les cantons sont concernés par l'Agenda 2030 à de nombreux égards, et sont parfois seuls responsables dans certains domaines. L'objectif est de garantir une participation adéquate des cantons aux travaux de mise en œuvre de l'Agenda 2030.

2.2.3 Politique intérieure

Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

Au printemps 2013, la CdC a institué un groupe de travail « Mise en œuvre du droit fédéral » chargé d'appliquer les mesures du rapport entériné en 2012 et visant à améliorer la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons. Chaque canton avait délégué un ou plusieurs spécialistes au sein du groupe de travail, composé d'une quarantaine de membres. Cinq d'entre eux formaient un comité, qui a effectué jusqu'ici l'essentiel du travail de fond. La plupart des activités de mise en œuvre ont été terminées au cours de cet exercice. Le Bureau du 11 novembre a décidé de maintenir le groupe de travail qui a permis à la CdC d'obtenir, de la part de spécialistes du terrain, des réponses directes aux questions de législation. Il est cependant prévu d'en simplifier l'organisation : le comité sera supprimé et le groupe de travail resserré autour de 5–10 personnes. Les contacts avec les spécialistes des cantons seront maintenus à travers un réseau.

Procédure intercantonale de règlement des différends

Deux demandes de conciliation ont été adressées à la CdC en 2017. La procédure est détaillée dans l'Accord-cadre pour la collaboration intercantonale assortie d'une compensation des charges (ACI) ; elle prévoit une procédure informelle, du ressort de la CdC, et une procédure formelle, du ressort de la Commission intercantonale pour les conventions (CIC). La demande du canton de St-Gall et celle du canton du Valais concernaient la prise en charge des frais de placement des mineurs dans des structures pédagogiques, en vertu de la Convention intercantonale relative aux institutions sociales (CIIS). La procédure informelle est restée sans suite dans les deux cas. Une procédure formelle a été lancée. La consultation orale aura lieu début février 2018.

Projet de territoire Suisse

Le Projet de territoire Suisse a été publié fin 2012, après son approbation par tous les échelons de l'État. Il définit un certain nombre d'activités que les trois échelons se sont engagés à réaliser conjointement. Une première évaluation devait avoir lieu au bout de cinq ans. C'est à cette fin qu'une organisation tripartite a été mise en place ; elle se compose de représentants des organisations partenaires (DETEC, CdC, DTAP, UVS, ACS) et la responsabilité a été confiée à l'Office fédéral du développement territorial (ARE).

L'essentiel des activités a été consacré à l'élaboration du premier rapport quinquennal. La Conférence tripartite a débattu du projet de rapport le 3 novembre. Les délégations ont estimé que le rapport était prêt à être mis en consultation et adopté par les organisations partenaires. Considéré comme un état des lieux critique de la mise en œuvre du Projet de territoire Suisse, le rapport ne propose pas un compte rendu complet de tous les champs d'action ni une évaluation exhaustive de l'aménagement du territoire en Suisse.

Initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié (FKI plus)

En juin 2015, la Confédération et les cantons ont signé une convention (FKI plus) visant à combattre la pénurie de personnel qualifié à travers une plus forte mobilisation du potentiel de main-d'œuvre, et à mieux faire accepter l'immigration. Quatre priorités ont été définies : (1) encouragement de l'activité professionnelle, en particulier celle des femmes ; (2) maintien en emploi des seniors ; (3) engagement de mesures générales sur le marché du travail afin d'assurer la relève et de maintenir le personnel ; (4) intégration accrue au marché du travail des réfugiés reconnus et des personnes admises à titre provisoire. En 2017, d'importants efforts de communication ont été déployés : le site www.personnelqualifié-suisse.ch a été mis à jour et le Secrétariat CdC a recensé les projets mis en œuvre dans les cantons à l'enseigne de FKI plus. Revue et augmentée, la base de données compte aujourd'hui près de 300 entrées. Dans la perspective de la mise en œuvre de l'art. 121a Cst., la Confédération et les cantons ont préparé une fiche d'information qui résume tout ce qui a déjà été fait en Suisse pour parvenir à une meilleure utilisation de la main-d'œuvre nationale.

Enfin, le Conseil fédéral a publié au mois d'octobre le dernier rapport de monitoring rédigé avec le soutien des cantons. Il montre que le nombre des mesures engagées a augmenté depuis le premier rapport, passant de 30 à 44. Une coordination et une coopération renforcées dans le cadre de l'initiative FKI permettent à la Confédération, aux cantons et aux organismes du monde du travail de soulager la pénurie de main-d'œuvre.

Concordat intercantonal sur une assurance obligatoire contre les risques de tremblement de terre

Le 19 mai, la Conférence gouvernementale des affaires militaires, de la protection civile et des sapeurs-pompiers (CG MPS) a adopté le document cadre sur la création du Concordat intercantonal sur une assurance obligatoire contre les risques de tremblement de terre (CIAT), qui posait comme condition que les cantons qui y adhèrent représentent à eux tous 85 % au moins des bâtiments et des biens à assurer en Suisse.

La CdC a ensuite mis ce document en consultation auprès des gouvernements cantonaux. Toutefois, seuls 13 cantons se sont dits favorables à la mise en place d'un concordat, ce qui ne permet pas d'atteindre le seuil des 85 %. En conséquence, les gouvernements cantonaux ont renoncé à élaborer un projet de concordat CIAT.

Loi sur les jeux d'argent

Le Conseil fédéral a présenté à l'automne 2015 son projet de loi fédérale sur les jeux d'argent (LJAR). Le projet réunit la loi sur les maisons de jeu et la loi sur les loteries et les paris professionnels, et il met en œuvre l'art. 106 Cst. sur les jeux d'argent accepté le 11 mars 2012 par le peuple et les cantons. La nouvelle loi reprend pour l'essentiel les règles actuelles. Les modifications apportées tiennent compte des avancées technologiques, de la concurrence internationale et de la protection de la population. Certaines des modifications visent notamment l'exemption d'impôts de tous les gains réalisés au jeu ainsi que le blocage de l'accès aux offres de jeux d'argent en ligne non autorisés en Suisse. La Conférence des directeurs cantonaux chargés du marché des loteries et de la loi sur les loteries (CDCM), compétente dans ce dossier, est favorable au projet du Conseil fédéral, qui régleme avec cohérence le domaine des jeux d'argent, tout en respectant les compétences des cantons en matière de loteries et de paris.

La loi a été adoptée par le Parlement le 29 septembre. Au mois d'octobre, le référendum a été lancé officiellement par trois comités. Ils critiquent surtout le blocage des sites internet qui proposent illégalement des jeux en ligne. La collecte de signatures ayant abouti, une votation aura lieu le 10 juin 2018. Réunis en Assemblée plénière en décembre, les cantons ont décidé, d'entente avec la CDMC, d'adopter une prise de position commune lors de l'Assemblée plénière du 23 mars 2018.

Jeux olympiques d'hiver 2026

À l'été 2017, le Comité de candidature « Sion 2026 » et Swiss Olympic ont adressé un dossier de faisabilité à la Confédération et aux cantons qui participent au projet. Après avoir examiné le dossier à l'automne, le Conseil fédéral a décidé de soutenir la candidature. La responsabilité des questions de sécurité a été confiée à la CCDJP, qui a confirmé lors de son assemblée d'automne que les cantons sont en mesure d'assurer la sécurité des JO d'hiver en Suisse.

Au mois de décembre, le Conseil fédéral a lancé la consultation sur la participation de la Confédération. En accord avec la CCDJP, la CdC a pris en charge le processus de formation de l'opinion. C'est elle qui rédigera la prise de position des gouvernements cantonaux.

Expo 2027

Le 21 juin, le Secrétariat d'État à l'économie (SECO) a invité la secrétaire générale CdC et le secrétaire général CDEP à débattre du bien-fondé d'une exposition nationale en Suisse, pour faire suite aux projets présentés à ce jour. Il a été décidé d'élaborer des lignes directrices communes afin de coordonner l'action des deux échelons de l'État vis-à-vis des auteurs de projets et du public. Le Bureau du 25 août a demandé au Secrétariat CdC d'élaborer, avec le SECO, un

guide pour l'organisation future de projets d'exposition en Suisse. Le SECO a confié la direction de projet au bureau Brugger und Partner.

Deux entretiens ont eu lieu à l'automne, l'un à l'échelon technique avec des représentants des offices fédéraux concernés (SECO, OFSPO, OFJ, OFC et AFF), l'autre avec des représentants des conférences impliquées (CdC, CDEP, CCDJP).

Modernisation du registre foncier

Le 16 avril 2014, le Conseil fédéral a publié un message concernant la modification du Code civil dont un volet est relatif au registre foncier. Le projet de révision vise à créer les bases légales permettant de garantir une saisie uniforme des données des personnes physiques dans tous les registres de droit privé. Par ces démarches, la Confédération entend créer une plateforme d'information électronique et supracantonale pour les données des registres fonciers et de la mensuration officielle. Les cantons ont estimé que la révision allait bien au-delà de simples adaptations techniques du Code civil. L'attribution de la gestion du registre foncier aux cantons et à l'Office fédéral de la justice (OFJ) (art. 949d CC) ainsi que l'utilisation d'un nouvel identifiant pour les propriétaires (art. 949b CC), alors que le Conseil fédéral avait initialement proposé l'utilisation du numéro AVS dans son projet, sont les points considérés problématiques par les cantons. Lors de la session d'hiver des Chambres fédérales, l'affaire se trouvait dans la phase d'élimination des divergences, qui concernait notamment les deux points relevés par les cantons. Le Bureau CdC du 10 novembre a décidé d'envoyer une lettre à la fois aux gouvernements cantonaux et aux parlementaires fédéraux afin de les sensibiliser à la position des cantons sur cette affaire qui a finalement été réglée dans le sens des cantons et adoptée par le Parlement le 15 décembre.

Examen des litiges fédéraux

L'Assemblée plénière du 30 septembre 2016 a décidé de renoncer à une juridiction constitutionnelle et envisage plutôt une action de droit public devant le Tribunal fédéral. En janvier 2017, les gouvernements cantonaux et les conférences des directeurs ont été invités à signaler toute présomption d'infraction, par la Confédération, aux principes du fédéralisme ou tout cas d'application susceptible de faire l'objet d'une action.

Aucun cas n'a été enregistré pendant l'année sous revue.

Plan d'action national de lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent

La lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent concerne l'ensemble de la société. Elle mobilise non seulement les autorités des trois échelons institutionnels (communes, cantons et Confédération), mais également la société civile. Dès 2016, le Réseau suisse de sécurité (RNS) a sollicité le concours de nombreux acteurs pour élaborer un plan d'action national (PAN) ; la CdC était représentée par le secrétariat de la CDI. Adopté en décembre 2017, le PAN propose 26 mesures relevant de cinq champs d'action. Les mesures qui ont un lien avec la politique d'intégration s'appuient sur certaines activités déjà menées par les cantons, en particulier le conseil en cas de discrimination. Les programmes d'intégration cantonaux comprennent des mesures de lutte contre la discrimination, comme le conseil aux victimes.

2.2.4 Mandats

Conférence tripartite

En vertu de la Convention relative à la Conférence tripartite (CT) et du contrat de prestations signé par les secrétariats des membres CT (Conseil fédéral, CdC, UVS et ACS), la CdC gère le secrétariat CT. Ses travaux ont porté sur les préparatifs et le suivi des séances CT des 23 juin et 3 novembre et des séances du Groupe de travail technique (GTT) des 22 février, 27 avril et 6 septembre. Le secrétariat a accompagné les projets CT en cours. Il a fourni une assistance technique et administrative à chacune des directions de projet tripartites et assuré la coordination avec les mandataires externes. Voici les principales priorités de travail :

Politique des étrangers et d'intégration

Le succès de l'intégration passe par une coopération étroite entre les milieux politiques, l'économie et la société civile, entre les acteurs des secteurs que sont la formation, le travail, les affaires sociales ou la santé, mais aussi entre la population locale et les migrants. C'est ce qui a amené la CT à lancer le Dialogue intégration en 2012. Il s'agissait en l'occurrence d'approfondir la coopération dans les trois axes du dialogue Travail et formation, Dès la naissance et Au quotidien. Les acteurs publics et privés ont œuvré à la réalisation d'objectifs communs et lancé des projets d'intégration. Le Réseau suisse d'accueil extrafamilial a organisé en 2017 un congrès consacré au dialogue « Dès la naissance - Entrer dans la vie en bonne santé ». Le congrès s'est révélé être une plateforme idéale pour débattre des actions à mener et des bonnes pratiques dans les domaines de la santé, de l'intégration, de l'éducation et des affaires sociales. Les participants se sont félicités de la possibilité de mettre en place des réseaux interdisciplinaires.

La 3^e Conférence nationale sur l'intégration, qui s'est tenue le 19 juin et a accueilli 250 représentants du monde de la politique, de l'administration et d'organisations privées, a tiré un bilan positif des cinq années d'activité : la plupart des objectifs sont aujourd'hui réalisés. Ce succès s'explique aussi par une collaboration plus étroite entre les échelons institutionnels, l'économie et la société civile. Partant de ces résultats, la CT a adopté des recommandations à l'attention de la Confédération, des cantons, des villes et des communes, de même que des acteurs de l'économie et de la société civile.

Financement, compensation des avantages et des charges

Dans un état fédéral, l'exécution de tâches qui touchent un même espace fonctionnel et plusieurs communes, voire plusieurs échelons institutionnels, soulève la question de leur financement et de la répartition des charges et des avantages. L'objectif du projet lancé par la CT le 23 juin était de proposer un aperçu des modèles utilisés à ce jour en Suisse, pour les agglomérations certes, mais aussi pour d'autres espaces fonctionnels tels que les centres régionaux ou touristiques. Un groupe de suivi tripartite a été mis en place ; il s'est réuni les 30 août et 12 décembre. Un sondage a été organisé auprès des cantons, de certaines villes, des associations de communes et de plusieurs acteurs régionaux. Leurs réponses ont permis de définir l'orientation des travaux d'approfondissement. Les premiers résultats seront discutés à l'été 2018 dans le cadre d'un atelier qui réunira des experts d'horizons divers.

Développement cohérent du territoire dans les structures régionales globales ville – campagne

Le 3 novembre, la CT a approuvé le projet « Développement cohérent du territoire dans les structures régionales globales ville – campagne ». Elle entend sensibiliser les acteurs de tous les échelons de l'État aux potentiels de collaboration dans les espaces englobant la ville et la campagne, potentiels qu'il conviendrait d'exploiter à l'échelle d'espaces fonctionnels spécifiques. Elle propose aussi de montrer à l'aide d'exemples concrets comment la collaboration au sein d'un même espace fonctionnel permet de multiplier les chances de développement commun et de gagner en efficacité dans l'accomplissement des tâches. Et finalement mettre en évidence le rôle et les contributions de la Confédération, des cantons, des villes et des communes en faveur d'un développement cohérent du territoire. Le lancement du projet aura lieu en janvier 2018.

Conférence suisse des délégués à l'intégration

Depuis 2006, le Secrétariat CdC gère sur mandat le Secrétariat de la Conférence des délégués cantonaux, régionaux et communaux à l'intégration (CDI). Pendant l'année sous revue, le Secrétariat CDI a organisé deux assemblées nationales, trois séances du comité et une journée d'études. Il s'est chargé des travaux en amont et en aval de chacune de ces rencontres. Il a également participé à huit réunions de groupes régionaux, qui ont permis de faire circuler l'information entre les différentes régions du pays. Enfin, il a pris part à divers colloques et rencontres organisés par des organisations partenaires de la CDI.

Parmi les sujets au cœur des discussions menées cette année figuraient notamment la collaboration avec les communautés religieuses, le statut « admis à titre provisoire », la nouvelle loi sur la nationalité et l'ordonnance sur l'intégration liée à la loi sur les étrangers, le positionnement de la CDI et des questions d'intégration souvent traitées en politique et dans le débat public, sans oublier l'Agenda Intégration Suisse. Plusieurs membres du comité CDI ont participé aux travaux et défendu les intérêts de la CDI dans le cadre du groupe de projet Intégration.

03

3 Comptes

Il s'agit d'une présentation succincte. Le rapport de révision a examiné les comptes dans leur intégralité.

Comptes 2017

	Comptes 2017	Budget 2017	Comptes 2016
Contributions cantonales	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Contributions CT Confédération et communes	288'260.83	300'000	244'064.10
Autres produits	7'497.26	8'000	10'919.26
Total produits	3'591'758.09	3'604'000	3'550'983.36
Personnel	2'754'157.95	2'876'000	2'698'337.22
Charges d'exploitation	400'372.45	428'000	371'377.96
Groupes de travail / projets	303'857.91	335'000	327'422.53
Conférence tripartite (CT)	110'101.23	120'000	34'064.13
Total charges	3'568'489.54	3'759'000	3'431'201.84
Excédent de produits	23'268.55	0	119'781.52
Excédent de charges	0	155'000	0
Créance des cantons 31.12.2017	1'321'256.23		

Affichant des charges de CHF 3'568'489.54 (contributions des cantons CHF 3'296'000.00), les comptes 2017 de la CdC bouclent sur un excédent de produits de CHF 23'268.55. Ce montant est porté au crédit des cantons, conformément à la clé de financement. La créance des cantons s'élève donc à CHF 1'321'256.23, au 31 décembre 2017.

Le Contrôle des finances du canton de Soleure a assuré la révision des comptes annuels le 5 avril 2018. Le rapport de l'organe de révision figure à l'annexe 5.

Clé de financement 2017 (selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

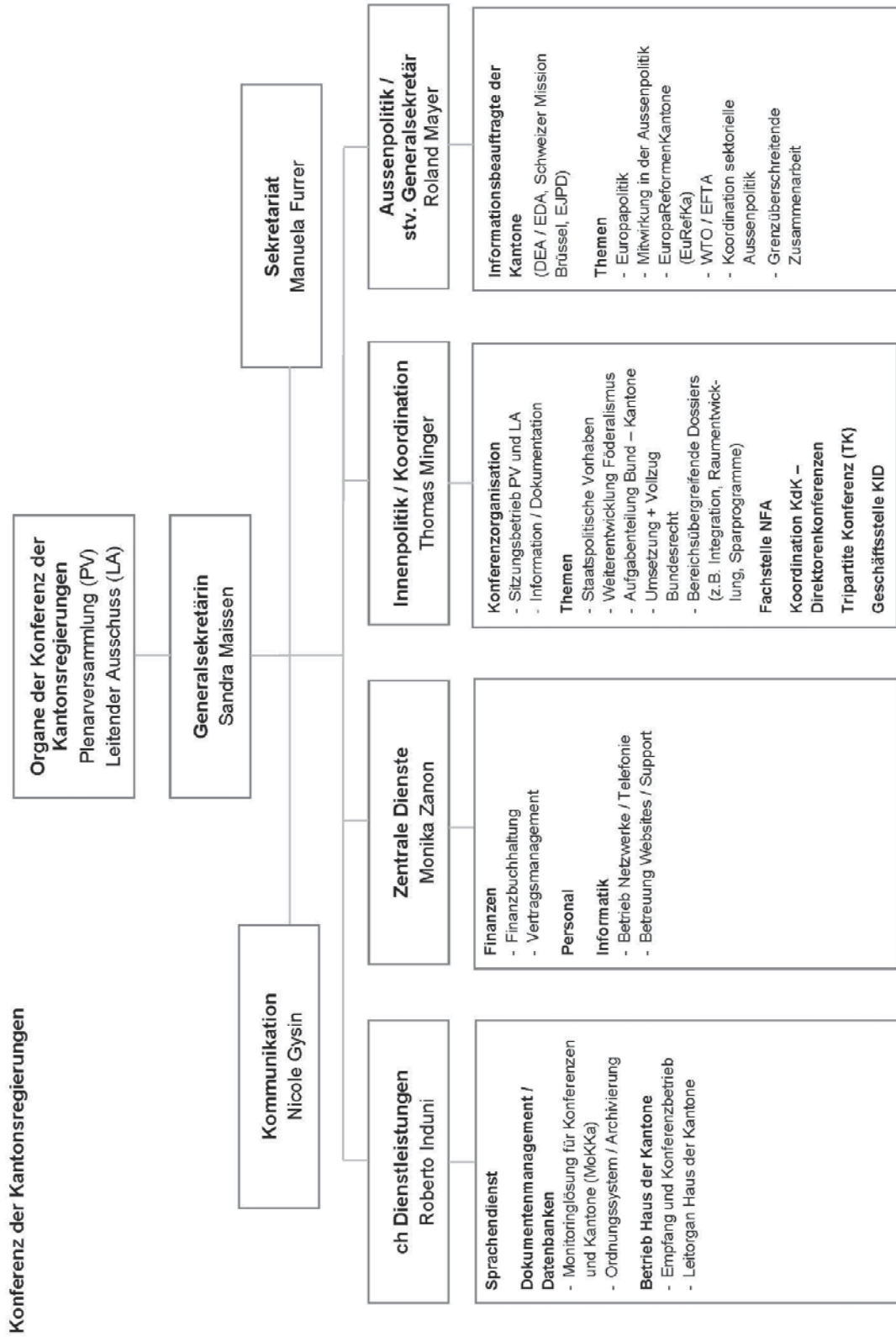
Canton	Population résidente moyenne 2014	Clé 2014	Contributions cantonales 2017
Aargau	640'819.5	7.83%	257'935
Appenzell AR	53'877.5	0.66%	21'686
Appenzell IR	15'816.0	0.19%	6'366
Basel-Landschaft	279'978.5	3.42%	112'694
Basel-Stadt	189'957.5	2.32%	76'459
Bern / Berne	1'005'349.5	12.28%	404'662
Fribourg / Freiburg	300'499.5	3.67%	120'954
Genève	473'409.0	5.78%	190'551
Glarus	39'693.5	0.48%	15'977
Graubünden / Grischun / Grigioni	195'422.5	2.39%	78'659
Jura	72'074.0	0.88%	29'010
Luzern	392'476.5	4.79%	157'975
Neuchâtel	176'864.5	2.16%	71'198
Nidwalden	41'984.0	0.51%	16'899
Obwalden	36'670.5	0.45%	14'760
St. Gallen	493'761.5	6.03%	198'743
Schaffhausen	79'100.0	0.97%	31'838
Schwyz	152'077.5	1.86%	61'212
Solothurn	262'578.0	3.21%	105'690
Thurgau	262'005.5	3.20%	105'459
Ticino	348'451.0	4.26%	140'254
Uri	35'936.5	0.44%	14'465
Valais / Wallis	329'387.0	4.02%	132'581
Vaud	755'409.5	9.23%	304'059
Zug	119'103.5	1.45%	47'940
Zürich	1'435'946.0	17.54%	577'980
			3
Total	8'188'648.5	100.00%	3'296'000

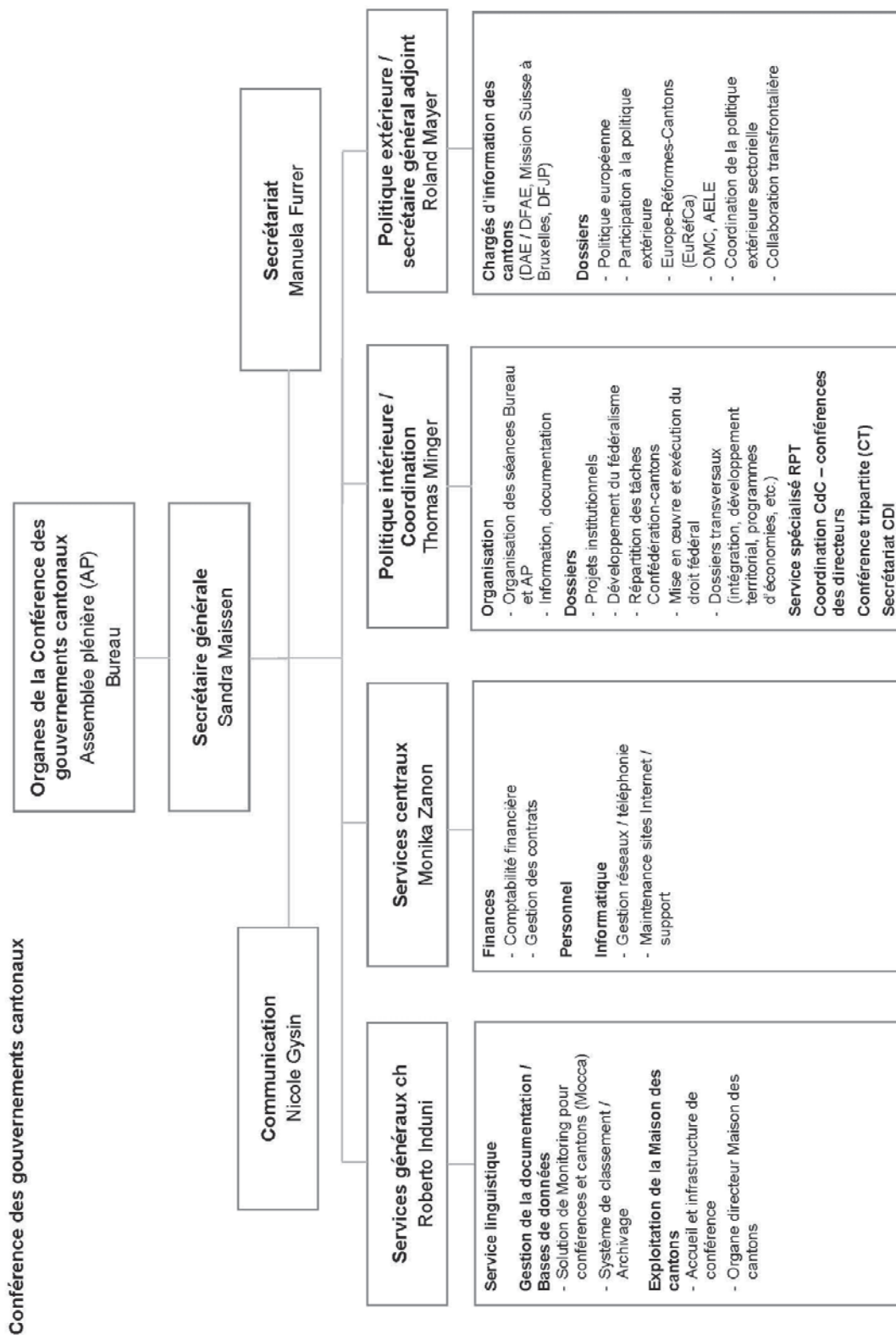
Nombre d'habitant-e-s selon population (Office fédéral de la statistique)

Anhänge / Annexes

Anhang 1	Organigramm KdK
Annexe 1	Organigramme CdC
Anhang 2	Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (Stand: 31.12.2017)
Annexe 2	Commissions et groupes de travail de la CdC (état au 31.12.2017)
Anhang 3	Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (Stand: 31.12.2017)
Annexe 3	Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (état au 31.12.2017)
Anhang 4	Sitzungsdaten
Annexe 4	Dates de séance
Anhang 5	Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5	Rapport de l'Organe de révision

Anhang 1: Organigramm KdK





Anhang 2: Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (Stand: 31.12.2017)

Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (état au 31.12.2017)

Politische Kommissionen / Commissions politiques

EuropaReformenKantone (EuRefKa)

Europe – Réformes des cantons (EuRéfCa)

Vorsitz /

Présidence : Philippe Leuba, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD

Mitglieder /

Membres : Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Hans-Jürg Käser, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
Christian Rathgeb, Regierungsrat, Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, GR
Astrid Epiney, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Europarecht, Universität Freiburg
Markus Notter, alt Regierungsrat, ZH
Bernhard Waldmann, Direktor Nationales Zentrum des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK

Sekretariat /

Secrétariat : Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Europakommission – politische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau politique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /

Présidence : François Longchamp, Président du Conseil d'État, Département présidentiel, GE

Mitglieder /

Membres : Andrea Bettiga, Landesstatthalter, Departement Sicherheit und Justiz, GL
Christoph Brutschin, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS
Fredy Fässler, Regierungspräsident, Sicherheits- und Justizdepartement, SG
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Hans-Jürg Käser, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Pierre Maudet, conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE
Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Beatrice Simon, Regierungsrätin, Finanzdirektion, BE
Silvia Steiner, Regierungsrätin, Bildungsdirektion, ZH
Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG
Carmen Walker Späh, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

Sekretariat /

Secrétariat : Monika Tschumi, Informationsbeauftragte der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA / Stv. Leiterin Bereich Aussenpolitik KdK

Kantonale Delegation der Tripartiten Konferenz (TK)

Délégation cantonale de la Conférence tripartite (CT)

Vorsitz /

Présidence : Laurent Favre, conseiller d'État, Département du développement territorial et de l'environnement, NE

KdK-Delegation /

Délégation CdC : Elisabeth Ackermann, Regierungspräsidentin, Präsidentialdepartement
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Marie Garnier, conseillère d'État, Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, FR
Norman Gobbi, Consigliere di Stato, Dipartimento delle istituzioni, TI
Dimitri Moretti, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, UR
Stefan Müller, Landeshauptmann, Land- und Forstwirtschaftsdepartement, AI
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Parolini Jon Domenic, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR

Sekretariat /

Secrétariat : Thomas Minger, Leiter Bereich Innenpolitik, KdK

Interkantonale Vertragskommission (IVK)

Commission intercantonale pour les conventions (CIC)

Vorsitz /

Présidence : Claudius Graf-Schelling, alt Regierungsrat, TG

Mitglieder /

Membres : Beat Husi, Staatsschreiber, ZH
Claude Lässer, alt Staatsrat, FR
Kurt Nuspliger, alt Staatsschreiber, BE
Philippe Receveur, alt Regierungsrat, JU
Markus Züst, Regierungsrat, UR

Sekretariat /

Secrétariat : Christian Gobat, Beauftragter NFA, KdK

Arbeitsgruppen / Groupes de travail

Die detaillierte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ist unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar:
<http://www.kdk.ch/de/arbeitsgruppen>.

La composition détaillée des groupes de travail figure sur le site internet de la CdC, à l'adresse :
<http://www.cdc.ch/fr/groupes-de-travail>.

Aussenpolitik / Politique extérieure

Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Libre circulation des personnes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Christoph Brutschin**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

Arbeitsgruppe Diplomanerkennung der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Reconnaissance des diplômes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Sécurité sociale (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Landverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transports terrestres (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Luftverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transport aérien (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Carmen Walker Späh**, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

Arbeitsgruppe Dienstleistungen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Services (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
Présidence : **Brutschin Christoph**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
Présidence : **Beatrice Simon**, Regierungsrätin, Finanzdirektion, BE

Arbeitsgruppe Bildung und Jugend der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Formation et Jeunesse (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
Présidence : [vakant / vacant]

Politische Begleitgruppe Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de suivi politique Schengen / Dublin (OASD)

Vorsitz /
Présidence : **Hans-Jürg Käser**, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – politische Ebene (derzeit suspendiert)
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau politique (actuellement suspendu)

Vorsitz /
Présidence : [vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – technische Ebene (derzeit suspendiert)
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau technique (actuellement suspendu)

Vorsitz /
Présidence : **Roland Mayer**, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Europakommission – technische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Commission Europe – niveau technique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /
Présidence : **Monika Tschumi**, Informationsbeauftragte der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA / Stv. Leiterin Bereich Aussenpolitik KdK

Innenpolitik; Koordination / Politique intérieure ; coordination

Interkantonaler Stab „Zuwanderung, Migration und Integration“ (ZMI)
État-major intercantonal Immigration, migration et intégration (ZMI)

Vorsitz /
Présidence : **Sandra Maissen**, Generalsekretärin, KdK

Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht
Groupe de travail « Mise en œuvre du droit fédéral »

Vorsitz /
Présidence : **Christian Schuhmacher**, Leiter Rechtsabteilung, Gesundheitsdirektion, ZH

Ansprechpersonen der kantonalen TK-Delegation
Personnes de contact pour la délégation cantonale CT

Vorsitz /
Présidence : **Dominique Bourquin**, aménagiste cantonal, Service de l'aménagement du territoire, NE

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)
Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo)

Vorsitz /
Présidence : **Alexander Krethlow**, Sekretär, Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr RK
MZP

Leitorgan Haus der Kantone (LO HDK)
Organe directeur Maison des cantons (OD MdC)

Vorsitz /
Présidence : **Christa Hostettler**, Generalsekretärin, Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz / Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs

Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (Stand: 31.12.2017)

Annexe 3 : Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (état au 31.12.2017)

Nachfolgend sind die politischen Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen aufgeführt. Die Delegationen der KdK auf technischer Ebene sind unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar: <http://www.kdk.ch/de/delegationen>.

Sont énumérées ci-après les délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux. Les délégations de la CdC au niveau technique figurent sur le site internet de la CdC, à l'adresse : <http://www.cdc.ch/fr/delegations>.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE)

Vorsitz /

Présidence : **Mosler-Törnström Gudrun**, Abgeordnete zum Salzburger Landtag und 2. Präsidentin Landtagspräsidentin, Österreich

KdK-Delegation /

Délégation CdC: **Eray David**, Ministre, Département de l'environnement, JU
Fehr Jacqueline, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Garnier Marie, Conseillère d'État, Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, FR
Hanselmann Heidi, Regierungsrätin, Gesundheitsdepartement, SG
Leuba Philippe, Conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD
Z'Graggen Heidi, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Steuerungsausschuss E-Government-Strategie Schweiz

Comité de pilotage Stratégie suisse de cyberadministration

Vorsitz /

présidence: **Ueli Maurer**, Bundesrat, Eidgenössisches Finanzdepartement

KdK-Delegation /

Délégation CdC: **Rainer Gonzenbach**, Staatsschreiber, Staatskanzlei, TG
Pierre Maudet, Conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE
Marcel Schwerzmann, Regierungsrat, Finanzdepartement, LU

Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV-Kommission)
Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Commission fédérale AVS-AI)

Vorsitz /

Présidence : **Stéphane Rossini**, ancien Conseiller national, VS

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Weichelt-Picard Manuela**, Regierungsrätin, Direktion des Innern, ZG

Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)

Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ)

Vorsitz /

Présidence : **Hermann Bürgi**, alt Ständerat/Regierungsrat, Rechtsanwalt, TG

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Erwin Jutzet**, ancien Conseiller d'État, FR

Anhang 4: Sitzungsdaten

Annexe 4 : Dates de séance

Sitzungen der Organe der KdK

Séances des organes de la CdC

03.02.2017	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
17.03.2017	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
18.05.2017	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
30.06.2017	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
25.08.2017	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
29.09.2017	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
10.11.2017	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
22.12.2017	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>

Medienkonferenzen

Conférences de presse

13.01.2017	USR III (Medienkonferenz KdK, FDK, VDK) / <i>RIE III (conférence de presse CdC, CDF, CDEP)</i>
17.03.2017	Point de presse «Weiterentwicklung Neuer Finanzausgleich» / <i>Point de presse «développement de la nouvelle péréquation financière »</i>
08.05.2017	5. Nationale Föderalismuskonferenz (Medienkonferenz KdK und Kanton VD) / <i>5^e Conférence nationale sur le fédéralisme (conférence de presse CdC et canton VD)</i>
06.07.2017	Monitoringbericht Föderalismus 2014–2016 (Medienkonferenz ch Stiftung / KdK) / <i>Rapport « Monitoring du fédéralisme 2014–2016 » (conférence de presse Fondation ch / CdC)</i>
31.08.2017	Studie «Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz» (Medienkonferenz ch Stiftung / KdK und VSKB) / <i>Étude sur le fédéralisme et la compétitivité en Suisse (conférence de presse Fondation ch / CdC et UBCS)</i>

Sitzungen der politischen Kommissionen und technischen Arbeitsgruppen der KdK sowie Koordinationssitzungen mit den Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Séances des commissions politiques et des groupes de travail techniques de la CdC et séances de coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

12.01.2017	Arbeitsgruppe Datenschutz / <i>Groupe de travail Protection des données</i>
18.01.2017	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
19./20.01.2017	Präsidentsklausur KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs</i>
03.02.2017	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU / <i>Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)</i>
06.04.2017	Ausschuss Zuwanderung und Integration / <i>Comité Immigration et intégration</i>
20./21.04.2017	Frühjahrstagung der Staatsschreiberkonferenz / <i>Réunion de printemps de la Conférence des chanceliers d'État</i>
26.04.2017	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>

12.05.2017	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>
16.05.2017	Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / <i>Groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral</i>
23.08.2017	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
07.09.2017	Ausschuss Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / <i>Comité du groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral</i>
04.09.2017	Präsidienitzung KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Séance des présidents CdC – Conférences des directeurs</i>
25.10.2017	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
17.11.2017	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>
12.12.2017	Interkantonale Vertragskommission IVK / <i>Commission intercantonale pour les conventions CIC</i>
18.12.2017	Tagung Begleitorganisation Schengen / Dublin / <i>Assemblée Organisation d'accompagnement Schengen / Dublin</i>

Sitzungen im Bereich Zusammenarbeit Bund – Kantone

Séances dans le cadre de la collaboration Confédération – cantons

26.01.2017	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
03.02.2017	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
01.03.2017	Begleitgruppe FKI plus / <i>Groupe d'accompagnement FKI plus</i>
02.03.2017	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
06.03.2017	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
17.03.2017	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération – cantons</i>
20.03.2017	Fachgruppe Wirksamkeitsbericht Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen / <i>Groupe technique Rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons</i>
23.03.2017	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
26.04.2017	Beirat Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte / <i>Conseil consultatif Centre suisse de compétence pour les droits humains</i>
08.05.2017	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
17.05.2017	Begleitgruppe FKI plus / <i>Groupe d'accompagnement FKI plus</i>
06.06.2017	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
07.06.2017	Fachgruppe Wirksamkeitsbericht Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen / <i>Groupe technique Rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons</i>
09.06.2017	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
05.07.2017	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
16.08.2017	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
23.08.2017	Fachgruppe Cyber / <i>Groupe spécialisé « Cyber »</i>
01.09.2017	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
06.09.2017	Fachgruppe Wirksamkeitsbericht Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen / <i>Groupe technique Rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons</i>
18.09.2017	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
11.10.2017	Beirat Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte / <i>Conseil consultatif Centre suisse de compétence pour les droits humains</i>
19.10.2017	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>

31.10.2017	Fachgruppe Wirksamkeitsbericht Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen / <i>Groupe technique Rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons</i>
10.11.2017	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération – cantons</i>
10.11.2017	Politische Arbeitsgruppe «Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone» / <i>Groupe de travail politique «Tâches et finances Confédération – cantons»</i>
04.12.2017	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
06.12.2017	Begleitgruppe FKI plus / <i>Groupe d'accompagnement FKI plus</i>
06.12.2017	Fachgruppe Cyber / <i>Groupe spécialisé «Cyber»</i>
07.12.2017	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
15.12.2017	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>

Sitzungen im Rahmen der Mandate

Séances en lien avec les mandats

Tripartite Konferenz (TK)

Conférence tripartite (CT)

22.02.2017	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
30.03.2017	Tripartite Kerngruppe Raumkonzept Schweiz / <i>Équipe de projet tripartite du Projet de territoire Suisse</i>
27.04.2017	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
01.06.2017	Tripartite Kerngruppe Raumkonzept Schweiz / <i>Équipe de projet tripartite du Projet de territoire Suisse</i>
23.06.2017	Tripartite Konferenz / <i>Conférence tripartite</i>
06.09.2017	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
03.11.2017	Tripartite Konferenz / <i>Conférence tripartite</i>
30.11.2017	Tripartite Kerngruppe Raumkonzept Schweiz / <i>Équipe de projet tripartite du Projet de territoire Suisse</i>

Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Conférence des délégués à l'intégration (CDI)

24.01.2017	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
02.02.2017	KID-Nordwestschweiz
08.02.2017	KID-ZFI
22.02.2017	KID-Ost
08/09.03.2017	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
26.04.2017	KID-Vorstandsretraite / <i>Retraite du Comité CDI</i>
28.04.2017	CDI Suisse latine
18.05.2017	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
23.05.2017	KID-ZFI
15.06.2017	KID-Ost
29.06.2017	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
14.09.2017	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
19.09.2017	KID-ZFI
21.09.2017	CDI Suisse latine
28.09.2017	KID-Ost
02.11.2017	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
28.11.2017	KID-ZFI

Anhang 5: Bericht der Revisionsstelle

Annexe 5 : Rapport de l'Organe de révision

IIIIII KANTON **solothurn**

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 / Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 08
www.finanzkontrolle.so.ch

**Bericht des unabhängigen Prüfers zur Prüfung der Finanzaufstellung 2017
an die Plenarversammlung der
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)**

Als unabhängiger Prüfer haben wir auftragsgemäss die beiliegende Finanzaufstellung bestehend aus Vermögens- und Erfolgsrechnung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zum Stichtag 31.12.2017 geprüft.


Für die Aufstellung und sachgerechte Gesamtdarstellung dieser Finanzaufstellung ist der Leitende Ausschuss verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die nötigen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob die Finanzaufstellung in allen wesentlichen Belangen sachgerecht dargestellt ist. Wir prüften die Aufstellung der Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil der Prüfung. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Bei unserer Prüfung sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Finanzaufstellung der Konferenz der Kantonsregierungen zum Stichtag 31.12.2017 nicht in allen wesentlichen Belangen sachgerecht dargestellt ist.

Solothurn, 13. April 2018

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin


Ph. Lampart
Leitender Revisor
Zugelassener Revisionsexperte

Konferenz
der Kantons-
regierungen

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
CH-3001 Bern

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@kdk.ch
www.kdk.ch

Conférence des
gouvernements
cantonaux

Maison des cantons
Speichergasse 6
Case postale
CH-3001 Berne

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch

Conferenza
dei governi
cantionali

Casa dei cantoni
Speichergasse 6
Casella postale
CH-3001 Berna

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch